

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ausgabe 1/2014



VDR-
Mitgliederver-
sammlung am
20. März 2014
in Ingelheim

Erziehungsoffensive: Positionspapier Runder Tisch

Rechtschreibung: Niedergang einer Kulturtechnik? Teil II

Studienseminare: Lehramt RS plus wird gebraucht

VDR-Bezirksversammlungen: Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

KlarText Klemm-Gutachten: Inszenierung von Bildungspolitik

Liebe Leserinnen und Leser,



Beständigkeit und Erneuerung sind im schulischen wie im alltäglichen Leben keine unvereinbaren Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Für eine gelingende Schul- und Unterrichtsentwicklung ist sowohl die Beständigkeit bei Bewährtem als auch die Offenheit für erforderliche Erneuerungen unabdingbar – vorausgesetzt zwischen beiden besteht ein ausgewogenes Verhältnis. Beständigkeit für sich allein genommen läuft Gefahr, in Erstarrung zu enden, während Erneuerung ohne Anbindung in Aktionismus abzugleiten droht. Unser Verband hat sich stets für ein ausgewogenes Verhältnis von Beständigkeit und Erneuerung eingesetzt, wir haben immer selbstbewusst die Stärken unseres Bildungssystems betont, uns erforderlichen Weiterentwicklungen aber nicht verweigert.

Das ist unser Anspruch und daran lassen wir uns messen. Angesichts einer sich im Wandel befindlichen Bildungslandschaft ist es erforderlich, dass wir uns als Verband keinesfalls darauf beschränken, den Status Quo zu verwalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Realschulen plus wie auch Integrierte Gesamtschulen ein eigenständiges und zukunftsfähiges Profil entwickeln können, das auf der Weiterentwicklung bewährter Elemente der ehemaligen Hauptschulen und der ehemaligen Realschulen basiert. Warum Reale Bildung dabei unser gemeinsames Leitmotiv bzw. Bildungsideal sein muss und gleichzeitig eine gute Perspektive für Schule, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt bietet, erfahren Sie, liebe Leserinnen und Leser, von unserem Landesvorsitzenden Bernd Karst im Titelbericht dieser Ausgabe.

VDR-Verbandsarbeit wird getragen von kollegialer Beteiligung und größtmöglicher Transparenz, das gilt selbstverständlich auch für die Weiterentwicklung unseres Verbandes. Nur so ist unseres Erachtens gewährleistet, dass wir uns Neuem öffnen und gleichzeitig Bewährtes bewahren. Mit der Initiative „Wir stärken Reale Bildung – gemeinsam!“, die auf Bezirksversammlungen und Regionalkonferenzen mit Leben erfüllt wurde, haben wir ein hohes Maß an konstruktiver Betei-

ligung und Akzeptanz erreicht. In dieser Ausgabe können Sie in vielen Statements nachlesen, warum unsere Kolleginnen und Kollegen „Reale Bildung“ als Zukunftschance für unsere Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen verstehen. Dieses Engagement zeigt, dass unsere Initiative wie auch unsere Verbandsarbeit insgesamt von unseren Mitgliedern unterstützt und getragen wird. Das ist keineswegs selbstverständlich und erfreut uns daher umso mehr.

Liebe Leserinnen und Leser, zunehmend wird unser Verband als kritische Stimme aller Kolleginnen und Kollegen an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen wahrgenommen. Das liegt sicherlich auch daran, dass wir beide Schulformen nicht gegeneinander aufwiegen. Wir fragen vielmehr, was unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen, um an beiden Schularten nachhaltig und in Ruhe arbeiten zu können. Wir reden auch keiner ideologisch überhöhten Inklusionslehre das Wort, die das Kindeswohl immer mehr aus dem Blick zu verlieren droht und zudem völlig einseitig uns Lehrkräfte in die Pflicht nimmt. Unser Verband sieht die Landesregierung in der Pflicht, denn Inklusion erfordert die Übernahme politischer Verantwortung und ein höheres finanzielles Engagement. Hier fordern wir mehr Verlässlichkeit.

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie unser Verbandsmagazin regelmäßig lesen, wissen Sie, dass Verlässlichkeit ohne Stillstand für uns ein hohes Gut ist. Auch wenn es jetzt an der Zeit ist, dass wir unseren Verband weiterentwickeln, wird unser Engagement für die Interessen unserer Schulen sowie unserer Kolleginnen und Kollegen dasselbe sein. Die vorliegende Ausgabe von Reale Bildung in Rheinland-Pfalz kann mich in meiner Einschätzung bestätigen, dass Beständigkeit und Erneuerung bei uns keinen Gegensatz darstellen!

Angenehme Lektüre wünscht Ihnen Ihr



Inhalt der Ausgabe 1/2014

Titelthema

Reale Bildung und ihre Perspektiven für Schule, Wirtschaft und Gesellschaft 4

Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Über die gesamte Ausgabe verteilt, finden Sie Statements von VDR-Mitgliedern zur Weiterentwicklung unseres Verbandes

Bildungspolitik

Pinnwand 14

VDR-Kommentar: Was misst Pisa eigentlich? 15

Vertreterversammlung des Philologenverbandes in Stromberg 16

VDR-Verbandsarbeit

Resolution der Lehrerverbände des dbb: Inklusion – Ressourcen sind die Grundbedingung 17

Positionspapier Runder Tisch „Gemeinsam für eine gute Erziehung“ 18

LEB-Pressemitteilung: Gute Erziehung – Recht und Pflicht der Eltern und Auftrag der Lehrkräfte 18

Schule in RLP

VDR-Pressemitteilung: Holt die Lehrer jetzt von der Straße! 19

SWR-Beitrag: Realschulen plus leiden unter Unterrichtsausfall 19

Beruf Lehrer

Pinnwand 20

VDR-Pressemitteilung: Schulen müssen ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können 21

Lehrerbildung

Studienseminare: Wird das Lehramt RS plus überhaupt noch gebraucht? Ja, klar! 22

Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand 24

Wolfgang Häring im Interview mit dem Internetportal BIG KARRIERE zum Thema „Verbesserung von Schulnoten“ 25

Rechtschreibung – Vom Niedergang einer Kulturtechnik. Dr. Peter Bung im Gespräch mit Josef Hulten und Michael Eich. Teil II 26

VDR-Bezirke

VDR-Seniorinnen und Senioren besuchten das Museum für Antike Schifffahrt in Mainz 31

Bezirksversammlungen: „Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!“ 32

VDR-Pensionäre: Im Sommer nach Maastricht 34

Arbeitstagung des Bezirksvorstandes Trier in Morbach 34

Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche 35

Interview mit Georg Stenner: Weiterentwicklung ist notwendig und bringt neue Chancen 36

Caroline Hüttner feiert 50. Geburtstag 37

VDR-Beitrittserklärung 39

KlarText!

Die Kolumne 38



Impressum

Herausgeber

VDR Verband Deutscher Realschullehrer Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
karst.bernd@vdr-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
schatzmeister@vdr-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
eich.michael@vdr-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (eich.michael@vdr-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Januar 2012.

► TITELTHEMA

Reale Bildung und ihre Perspektiven für Schule, Wirtschaft und Gesellschaft



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

gesellschaftliche Veränderungen gehen nicht spurlos an der Schule vorbei. Schulen müssen flexibel, dynamisch und zukunftsfähig reagieren. Das erwartet die Gesellschaft, die Wirtschaft und das fordert schließlich die Politik. Die Politik muss sich allerdings daran messen lassen, was sie für die Zukunft der Schule und somit für die Zukunft der Kinder tut. Gute Schulen, wenn man sie will, brauchen auch eine gute Schulpolitik. Eine gute Schulpolitik ist auch das Ergebnis von guter Lobbyarbeit.

Der VDR ist eine Interessenvertretung und greift die Vielfalt der schulpolitischen Fragen im Interesse der Schule und im Interesse seiner Mitglieder unter spezifischen Aspekten auf.

Schulpolitische Entwicklungen seit 2009

Bis zum Jahr 2009 war der VDR die Interessenvertretung der Realschule und der Realschullehrerschaft. Mit der Schulstrukturreform ab 2009 erhielt die Realschule eine veränderte Ausprägung, bedingt durch die Schaffung der Realschule plus, die die Bildungsgänge Hauptschule und Realschule vereint. Pragmatisches Ziel des Verbandes war es, dass die Realschule als erfolgreiche Schulart ihren unverzichtbaren Stellenwert in der neuen Schulart so weit wie möglich abbildet. Dies ist in vielerlei Hinsicht gelungen. Zugleich war der VDR bestrebt, die bewährten Elemente der Vorgängerschulen einfließen zu lassen. Die Probleme offenbarten sich in der Folge weniger im inhaltlichen als im erzieherischen Bereich.

Schulstrukturänderungen sind seit vielen Jahren in allen Bundesländern vorgenommen worden – ob behutsam oder radikal, das ist eine Bewertung, die auch von den jeweiligen Standpunkten der Betroffenen abhängt. Für den VDR war die Schulstruktur eine einschneidende Veränderung, anderen Lehrerverbänden und Gewerkschaften ging und geht sie nicht weit genug. Die eigenständige Realschule besitzt heute in Deutschland keine parteipolitische Lobby mehr, von Bayern (noch) abgesehen. Auch die CDU verabschiedete sich sukzessive vom klassischen dreigliedrigen Schulsystem. Die aktuell von der CDU-Opposition (!) in Baden-Württemberg vorgeschlagene Schulreform entspricht vergleichsweise der Realschule plus in RLP bzw. dem zweigliedrigen Modell Sachsens (Südwest-CDU: Mittelschule als Zukunftsmodell, FAZ, 15. Oktober 2013).

Der VDR Landesverband Rheinland-Pfalz konnte in seinen Verhandlungen mit dem Ministerium errei-

chen, dass es neben integrativen auch kooperative Realschulen plus gibt und dass die Schulen an der Entscheidung über die für sie bestgeeignete Schulform beteiligt werden. Sicher gestellt wurde, dass die Besoldung der neu ausgebildeten Lehrkräfte für das Lehramt an Realschulen plus nach A 13 erfolgt. Die lange Liste an berechtigten Forderungen trägt der VDR den politisch Verantwortlichen vor. Unser Landesverband sowie die drei Bezirksverbände spüren dabei die große Unterstützung der Mitglieder auf Fachkongressen und Veranstaltungen, so auf Bezirksversammlungen oder Delegiertenversammlungen.

Verändert hat sich die Schulstruktur auch durch die Verdoppelung der Anzahl an Integrierten Gesamtschulen in den letzten vier Jahren auf mittlerweile 55, die größtenteils aus den Realschulen hervorgingen. So finden realschulspezifische Elemente – nicht zuletzt durch die Lehrkräfte, die vormalig an Realschulen unterrichteten – auch einen sichtbaren Eingang in die Integrierten Gesamtschulen. Insofern entwickeln Realschulen und Integrierte Gesamtschulen als zwei zuvor mitunter konkurrierende Systeme eine neue personelle und inhaltliche Annäherung.

Mit der Zeit zeigte sich: Die Realschule plus ist eine Erfahrung jenseits bisheriger Erfahrungen. Erzieherische Probleme, die an kleineren Systemen, also an Förderschulen und Hauptschulen mit durchschnittlich geringerer Klassengröße häufig leichter zu regeln waren, erhielten eine neue Dimension, zumal die Realschule plus als eine Schulart mit zunehmender Heterogenität neue pädagogische Reibungsfelder entwickelte. Der VDR initiierte vor diesem Hintergrund eine „Erziehungsoffensive“ und einen „Runden Tisch“ mit dem Landeselternbeirat und anderen Lehrerverbänden und Institutionen. Die „Erziehungsoffensive“ bleibt für uns weiterhin ein ganz wichtiges Thema.

Die Fachoberschule an der Realschule plus entwickelte sich zu einem erfolgreichen zweijährigen Bildungsgang. Als Schule der Region bietet sie dem gesamten

„Realschule-plus-Umfeld“ aufstiegsorientierte Chancen. Parallel zum Prozess der Schulstrukturänderung verändern sich die Bildungsansprüche sowie die schulischen und beruflichen Laufbahnentscheidungen.

Veränderte Bildungsansprüche und veränderte schulische und berufliche Laufbahnentscheidungen

Vor dem Hintergrund steigender Studentenzahlen bei gleichzeitiger Zunahme nicht besetzter Lehrstellen ist – verstärkt in jüngster Zeit – eine heftige Diskussion entbrannt, welche Bedeutung die Abiturientenquote bzw. Akademikerquote für unsere Gesellschaft und für die Wirtschaft besitzen (vgl. hierzu den Aufsatz von Hartmut Hirsch-Kreinsen: Wie viel akademische Bildung brauchen wir zukünftig? Ein Beitrag zur Akademisierungsdebatte. In: Analysen & Argumente. Ausgabe 136, November 2013, Konrad Adenauer Stiftung).

Die veränderten Bildungsansprüche und veränderten schulischen und beruflichen Laufbahnentscheidungen sind statistisch feststellbar. Konkrete Beispiele zeigen, mit welchen Mitteln manche Unternehmen versuchen, ihren „Nachwuchs“ und damit perspektivisch ihre Existenz zu sichern.

Die Handwerkskammer von Erfurt soll laut „SPIEGEL online“ Betriebe kennen, die ihren Azubis vierteljährlich Tankgutscheine zahlen ... oder Prämien für gute Noten. – „Bei Marché soll sich die Leistung lohnen. Die Restaurantkette stellt ihren fünf besten deutschen Azubis im zweiten Ausbildungsjahr jeweils einen Smart zur Verfügung. Bis zum Ende ihrer Lehre können sie damit herumfahren – Benzin und Versicherung inklusive“ (Duale Ausbildung/SPIEGEL online 1. September 2013: Lehrlingsmangel in Betrieben: Suche Azubi, biete Auto).

Die Allgemeine Zeitung berichtet: „Den größten Fachkräftemangel gibt es nicht, wie irrtümlich angenommen, in den akademischen Berufen, sondern in den qualifizierten Lehrberufen. Peter Adrian, der Präsident der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz, fordert Politik, Eltern und Schüler dazu auf, dem „Akademisierungswahn“ abzuschwören und künftig den Ausbildungsberufen einen größeren Stellenwert beizumessen“ (Große Chancen im Handel. Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 2013).

Felix Rauner, Professor an der Universität Bremen und Leiter der Forschungsgruppe „Berufsbildungsforschung“, ist der Auffassung, dass zu viele Akademiker ausgebildet werden. An deutschen Hochschulen büffelten 2,5 Millionen Studenten. So viele Akademiker würden gar nicht gebraucht. „Bis 2030 fehlen vor allem Facharbeiter und Meister (...) Die Politik

muss sich dringend von einer Gleichsetzung höherer Bildung mit akademischer Bildung verabschieden“, sagte Rauner in einem Interview mit dem STERN. Die vergleichsweise geringe Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent unter den Akademikern bedeute nicht, dass das Studium der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit sei. „Zurzeit mag das noch für Deutschland gelten“, so Rauner. „In Dänemark, wo die Akademisierung viel weiter fortgeschritten ist, sind 41 Prozent der Ab-



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Marion Bellinger ist seit 1995 Mitglied des Verbandes. Nach der Mitarbeit im erweiterten Bezirksvorstand Koblenz ist sie inzwischen als stellvertretende Bezirksvorsitzende für den Verband tätig.

Für sie ist Reale Bildung, Schülerinnen und Schüler mit lebens- und damit praxisnahem Wissen und Werten auszustatten. „Das soll sie dazu befähigen, sich später im Arbeitsleben wie auch in sozialen Bereichen zurechtzufinden. Ziel der Realen Bildung soll es somit sein, junge Menschen in ihrem Verantwortungs- und Selbstbewusstsein zu stärken. Auf dem Weg ins Erwachsenenleben sollen ihre Stärken und Neigungen gefördert werden, wie es bei der Wahl eines Wahlpflichtfaches z. B. der Fall ist. Für mich gehört dazu, dass die Lehrkräfte Wert auf die Vermittlung von (Primär-) und Sekundärtugenden legen und dabei mit gutem Beispiel vorangehen.“

solventen von Bachelorstudiengängen länger als ein Jahr arbeitslos“ (Catrin Boldebeck: Bildungsexperte warnt vor Akademikerschwemme. STERN-Interview, 30. Oktober 2013).

Die „Rheinpfalz“ konkretisiert: „In Deutschland erwerben derzeit fast doppelt so viele junge Menschen einen Hochschulabschluss wie noch vor zehn Jahren (Hochschüler: Immer mehr. In: Die Rheinpfalz, 18. September 2013). Dass diese Entwicklung nicht erstrebenswert ist, behauptet Julian Nida-Rümelin, Hochschullehrer an der Ludwig-Maximilians-Universität und ehemaliger Staatsminister im Bundeskanzleramt in der Regierungszeit von Gerhard Schröder.

Er kritisiert in diesem Zusammenhang die widersprüchlichen Aussagen der OECD: „Die OECD hat Deutschland, aber auch Österreich und die Schweiz für zu niedrige Akademikerquoten für einen zu kleinen ‚tertiären‘ Sektor getadelt. Dieselbe Organisation hat auch festgestellt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in diesen drei Ländern geringer ist als in den anderen Ländern und in diesem Zusammenhang das duale System gelobt. Sie war interessanterweise nicht in

der Lage, eine Verbindung herzustellen und die Widersprüchlichkeit ihrer Empfehlung zu durchschauen. Wir sind auf dem besten Wege, das zu zerstören, was nur mit Mühe in Spanien, Großbritannien oder auch in den Vereinigten Staaten etabliert werden soll, die Verbindung von Ausbildung im Betrieb und Bildung in der Berufsschule“ (Bildungspolitik auf Abwegen/ von Julian Nida-Rümelin. In: FAZ, 16. August 2013).



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Saskia Tittgen ist Realschullehrerin an der „Realschule plus Kirn - Auf Halmen“ und engagiert sich aktiv im VDR: Sie ist Ersatzmitglied im Bezirkspersonalrat Realschulen plus, Referentin bei VDR-Personalrätefortbildungen und hat dieses Jahr beim Ingelheimer Fachkongress im Arbeitskreis „Gestaltung interner Kooperationsprozesse“ als Moderatorin mitgewirkt. Sie sieht die Lehrerbildung im Wandel, worauf sich der Verband einstellen muss:

„Mit der Schulstrukturreform wurde auch die Lehrerbildung reformiert. Trotz der vielen Änderungen in der Lehrerausbildung ist eines gleich geblieben: Das Ziel, junge Menschen zu verantwortungsvollen und eigenständigen Persönlichkeiten mit einer gewissen Lebenskompetenz zu bilden, eben Reale Bildung zu vermitteln. Als eine der Letzten wurde ich als Realschullehrerin ausgebildet und habe dabei gelernt, dass es sowohl in der Lehrerbildung als auch im Unterricht gilt, Traditionelles mit Modernem zu verbinden. Nach vorne schauen und dabei das Vergangene nicht vergessen. Deswegen ist mir besonders wichtig, dass ich mich als Junglehrerin in einem Verband vertreten sehe, der entsprechend der Ausgangssituation pragmatisch handelt und dabei die Brücke vom Altbewährten in die Zukunft schlägt.“

Auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen dringend Fachkräfte in diesem Land – gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte und keine inflationär verteilten Bildungsabschlüsse, so dass am Ende eine OECD-Quote stimmt.“ (Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender. In: Fokus online Schule, 17. Oktober 2013) Mit dieser Forderung korrespondiert die Erklärung der CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 auf Seite 31: „Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet vielen Menschen eine hervorragende Qualifizierung und damit einhergehende positive Karriere- und Lebenschancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künftigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands.“

Dass sich die Zunahme an Gymnasiasten und Studenten negativ auf das Qualitätsniveau auswirkt, befürchtet auch der Bundesvorsitzende des Philologen-

verbandes: „Es gibt auch schon Gymnasien, Gott sei Dank noch nicht allzu viele, bei denen zwar auf dem Türschild noch der Name steht, man im Inneren sich aber längst von gymnasialen Standards verabschiedet hat. (...) Falls das Gymnasium angesichts des demographischen Rückgangs und der Konkurrenz anderer Wege zum Abitur auf Absenkung des Niveaus setzt, wird es so oder so zu den Verlierern zählen. Das Gymnasium hat nur eine Zukunft und diese heißt Qualität – Qualität – Qualität!“ (Gymnasium in der Akademikergesellschaft/ Von Heinz-Peter Meidinger. In: PROFIL, Leitartikel des Bundesvorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes, Oktober 2013, S. 3)

Welche Aufgaben hat das Gymnasium der Zukunft? Lenkt das Abitur immer mehr auch in Richtung „Duale Ausbildung“? Aus wirtschaftlicher und beschäftigungspolitischer Sicht dürfte es ebenso wenig wünschenswert sein, wenn Lehrstellensuchende zunehmend aus gescheiterten Gymnasiasten oder Studienabbrechern rekrutiert würden. Der Wert einer gymnasialen und einer akademischen Ausbildung sei nicht in Abrede gestellt, ebenso wenig wie der individuelle Anspruch auf ein hohes Bildungsniveau, erklärt Hartmut Hirsch-Kreinsen. „Jedoch muss es zugleich um die Frage nach den angemessenen Relationen verschiedener Abschlüsse im Bildungssystem und die Sicherung guter Ausbildungschancen für alle Jugendlichen gehen. Denn eine weitere Ausweitung der Akademikerquoten zeitigt Nebenfolgen (...). Insbesondere droht bei einer weiter schnell wachsenden Akademikerquote eine zunehmende Polarisierung der Erwerbslandschaft.“ Hirsch-Kreinsen schlussfolgert: „Daher ist eine Debatte um die Gleichstellung der beruflichen mit der akademischen Bildung mit dem Ziel, das traditionell in unserer Gesellschaft fest verankerte Schisma zwischen beiden Bildungssphären zu überwinden, unabdingbar“ (Hartmut Hirsch-Kreinsen, a. a. O.).

Reale Bildung ist unser Thema

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Unser Schulsystem muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen.

Die Landesregierung ließ sich überzeugen, dass die Eltern keine Schulart neben dem Gymnasium akzeptieren werden, die nicht aufstiegsorientiert ist. Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen allerdings, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VDR seinen Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre. Der VDR ist ein Lehrerverband mit zwei Zielrichtun-

gen: Er vertritt die beruflichen Interessen seiner Mitglieder und er tritt ein für die Sicherung und Weiterentwicklung eines Bildungsideals. So verbinden wir mit der Aufwertung der Realen Bildung zugleich die Forderung, eine vergleichbare Wertschätzung jenen entgegen zu bringen, die für die Vermittlung der Realen Bildung verantwortlich sind.

Daraus folgt: Reale Bildung spricht alle Lehrkräfte an. Folglich verstehen wir uns als Interessenverband und gleichermaßen als Ansprechpartner aller Lehrkräfte. Wir sehen unsere Aufgabe perspektivisch darin, stärker für die Reale Bildung zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Als starker Lehrerverband, der entgegen dem allgemeinen Trend seit Jahren sichere und zunehmende Mitgliederzahlen aufweist, werden wir schulpolitisch und gesellschaftspolitisch mit der Realen Bildung unseren Einfluss ausweiten, nicht zuletzt deshalb, weil sich auch Lehrkräfte unserem Verband anschließen, die früher in anderen Schularten als in der Realschule unterrichtet. So starten wir die Initiative „Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!“

Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen brauchen eine starke Lobby

Bei den Personalratswahlen erzielte der VDR ein deutliches Ergebnis. Im HPR besitzt der VDR mit fünf Sitzen die relative Mehrheit. Aufschlussreich und erfreulich ist die Tatsache, dass über 50 % der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter an den Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen plus den VDR gewählt haben.

Positiv ist ebenso, dass der VDR eine hohe Zahl an jungen Neumitgliedern gewinnen konnte. Erfreulich und perspektivisch notwendig ist es, dass im VDR-Landeshauptvorstand eine Vielzahl an jungen Lehrerinnen und Lehrern mitarbeitet. Sie alle wirken mit, weil die Realschule plus und die IGS eine starke Interessenvertretung benötigen, eine Interessenvertretung, die nachdrücklich für ein starkes Plus kämpft, auch an der IGS.

Allen gemeinsam ist die Überzeugung, dass wir die Reale Bildung stärken müssen. Reale Bildung ist der Auftrag unseres Verbandes. Lesen Sie dazu Stellungnahmen von Mitgliedern zur Weiterentwicklung des Verbandes in diesem Heft.

Die Anziehungskraft unseres Verbandes

Unser Verband profitiert von seiner Anziehungskraft. Sie hat viele Gründe. Nach wie vor vertreten wir diese Grundsätze und Zielsetzungen:

- Die Messlatte der Leistungsanforderungen darf

nicht niedriger gelegt werden.

- Die Rahmenbedingungen für eine gute Schule müssen verbessert werden.
- Die volle Unterrichtsversorgung muss gewährleistet sein.
- Die Unterstützungsangebote für Schulen bedürfen eines erheblichen Ausbaus.
- Die sozialen Aspekte (Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Besoldung) müssen verbessert werden, damit der Lehrerberuf wieder attraktiv wird.
- Die Reale Bildung ist unser zentrales Anliegen. Sie braucht eine starke Lobby.

Die erfolgreiche Vermittlung der Realen Bildung ist geknüpft an eine breite Solidarität in einem Verband, der mit Selbstbewusstsein für ein Plus kämpft, das allen Beteiligten zugute kommt. Wir zielen mit der Weiterentwicklung unseres Verbandes und seiner Umbenennung auf eine Stärkung der Realen Bildung und eine Stärkung der Interessenvertretung für Lehrkräfte, die Reale Bildung vermitteln. Wir möchten dieses Ziel mit Ihnen mit größtmöglicher inhaltlicher Übereinstimmung erreichen.

*Ich
Beard kann*



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*

Regina Bollinger ist seit fünf Jahren VDR-Mitglied, seit drei Jahren engagiert sie sich im Personalrat einer Integrierten Gesamtschule. Seit einem halben Jahr ist sie Mitglied des Bezirkspersonalrates Integrierte Gesamtschulen.

„Für mich ist „Reale Bildung“ gerade an Integrierten Gesamtschulen vonnöten. Dazu gehören der berufliche Einstieg und der studienorientierte Bildungsabschluss ebenso wie die Bildung im musisch-ästhetischen und im sozialen Bereich. Der Verband macht sich stark, Schülerinnen und Schüler sowohl zu verantwortungsbewussten Mitgliedern einer Sozialgemeinschaft heranzubilden, als auch zu befähigen, in einer Leistungsgesellschaft bestehen zu können.“



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Dr. Peter Bung war von 1995 bis 2001 Sprecher der Landesvereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen in Rheinland-Pfalz und von 2004 bis 2012 Bildungsreferent des VDR Rheinland-Pfalz. Er sieht gute Fortschritte auf dem Weg des VDR von einer Lehrervertretung für eine bestimmte Schulart zu einem schulartübergreifenden „Bildungsverband“.

„Der VDR orientiert sich an der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen und deren Zukunft. Beispiele dafür sind die Erziehungsoffensive, die über den Verband hinaus auf große Zustimmung stößt, die pragmatische Haltung zur Inklusion oder die Öffnung zum Fachabitur an der Fachoberschule.

Neben dem Philologenverband ist der VDR in meinen Augen die einzige Lehrervertretung, die eine Schulpolitik mit Augenmaß betreibt, die einerseits von dem gesellschaftlich und ökonomisch Möglichen ausgeht, dabei aber den Humboldtschen Bildungsgedanken nicht aufgibt. Anzuerkennen sind die unermüdlichen und hartnäckigen Hinweise darauf, dass Bildung nicht nur einen utopischen, sondern einen höchst praktischen Aspekt hat, dass „Kompetenzen“ ohne Wissen und Können leer sind, Wissen alleine aber auch blind sein kann.

Mit dieser Ausrichtung hat der VDR Zukunft und kann ungeachtet möglicher Entwicklungen im rheinland-pfälzischen Schulsystem, Mitglieder aus allen Schularten an sich binden. Der Weg vom „Schulstrukturverband“ zum „Pädagogischen Inhalteverband“ sollte beharrlich weiter beschritten werden, insbesondere müsste der Kern der Neuausrichtung (vielleicht spräche man besser von einer Wiederbesinnung), die „reale Bildung“, in allen Fächern konkretisiert werden. Der VDR sollte dabei nicht bei Begriffen stehen bleiben, sondern z. B. deutlich sagen, über welchen fremdsprachlichen Grundwortschatz, welche Rechtschreibkenntnisse oder mathematische Grundfertigkeiten die Absolventen der Realschule plus verfügen müssen.

Wenn die Ziele und Inhalte stimmen, wäre ein neuer Name für den Verband die logische Konsequenz.“



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Erwin Schneider ist VDR-Mitglied seit 35 Jahren. Er ist VDR-Bezirksvorsitzender in Trier und stellvertretender VDR-Landesvorsitzender. Seit 20 Jahren setzt er sich im Bezirkspersonalrat für die Belange der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen bzw. Realschulen plus ein.

Kernanliegen ist für ihn die „Lehrergesundheit“. Er fordert dazu dem Land als Arbeitgeber Wertschätzung der Lehrertätigkeit und annehmbare Arbeitsbedingungen ab. „Unser Lehrerverband ist für mich in erster Linie eine Solidargemeinschaft. Dem muss der VDR auch perspektivisch gerecht werden. Lehrkräfte sollten sich unabhängig von Schulart und Lehramt vertreten fühlen.“



Andreas Hinrichs ist seit über zehn Jahren Mitglied im VDR. Als Mitglied des ÖPR an der IGS und RS plus in Landstuhl weiß er die Unterstützung durch den Verband zu schätzen. Seit Sommer 2013 engagiert er sich als VDR-Vertreter im Hauptpersonalrat Integrierte Gesamtschulen.

„Für mich ist der VDR die Lehrgewerkschaft, die sich ohne ideologische Scheuklappen mit den alltäglichen Problemfeldern des Lehrerberufs auseinandersetzt. Gerade als Realschullehrer an einer Gesamtschule begrüße ich die aktuelle Weiterentwicklung und Öffnung des Verbandes sehr.“



Matthias Decker ist Konrektor an der Paul-Gillet-Realschule plus mit FOS, die aus der Fusion der Realschule und Hauptschule in Edenkoben hervorging. Letztere hat er bis zur Fusion geleitet. Matthias Decker ist seit 2011 VDR-Mitglied. Er ist Mitglied des erweiterten Bezirksvorstands Neustadt.

Der ausgebildete Hauptschullehrer fand in der Strukturreform zum VDR. Überzeugt hat ihn, dass der VDR gegenüber dem Ministerium die Schulstrukturreform durchweg kritisch-konstruktiv und die Lehrkräfte vor Ort verlässlich unterstützend begleitet hat. Für ihn ist die Weiterentwicklung des Verbandes ein fälliger Schritt. „Nach meiner Überzeugung müssen die Stärken der

Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

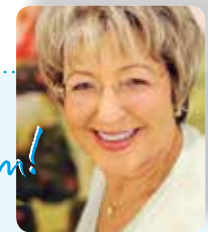
Vorgängerschularten, also der ehemaligen Haupt- und Realschulen, zusammengeführt werden. Das macht für mich Reale Bildung aus, wofür sich so nur der VDR einsetzt. Eine Umbenennung in „Verband Reale Bildung“, ist nur konsequent. Auch wenn ich selbst wegen des inhaltlichen Einsatzes für die Realschule plus Mitglied im VDR geworden bin, unterstütze ich die Öffnung, weil der VDR damit eine Einladung an alle unterrichtenden Lehrkräfte an Realschulen plus ebenso wie an den Integrierten Gesamtschulen ausspricht. Unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen eine Interessenvertretung, die sich konsequent und pragmatisch für sie und ihren Arbeitsplatz einsetzt, und das unabhängig davon, für welches Lehramt sie ausgebildet sind.“



Hermann Kölsch ist seit Jahrzehnten der Realschule und ihren Lehrkräften verbunden. Er ist der VDR-Rechtsschutzbeauftragte. 18 Jahre lang (ab 1980) war er Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Rheinhessen-Pfalz. Genau so lange (bis 2011) war er auch Betreuer der Pensionäre im Bezirk Neustadt.

Durchaus kritisch hat Hermann Kölsch die Verschiebungen seit dem Start der Schulstrukturreform begleitet. Anerkennend nimmt er zur Kenntnis, wie gut sich der VDR in der veränderten Schullandschaft behauptet. „Für mich ist klar, dass der VDR überall dort vertreten sein muss, wo Realschullehrerinnen und Realschullehrer arbeiten.“

Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!



Von 1996 bis 2012 war **Christiane Lehmann** verantwortlich für die Mitgliederzeitschrift unseres Verbandes. Sie ließ uns zur Frage der Weiterentwicklung des Verbandes folgende Stellungnahme zukommen:

„Bereits zum Jahrtausendwechsel bekam die „Realschule in Rheinland-Pfalz – Mitteilungen des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.“ den Untertitel „Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich“. Denn schon im Jahr 2000 gab es in Rheinland-Pfalz die „reine“ Realschule nicht mehr. Außerdem gab es noch nie nur Realschul-LEHRER.

In den seit damals vergangenen 14 Jahren hat sich die Schullandschaft nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit wesentlich verändert. Kein Bundesland bietet nur noch die ausschließliche Dreigliedrigkeit in der Sekundarstufe an, grundsätzliche Strukturdebatten haben sich erledigt.

Lange vor der „Realschule plus“ war der „Qualifizierte Sekundarabschluss I“ und damit „Reale Bildung“ an verschiedenen Schularten erreichbar. Denn reale Bildung ist nicht einseitig und damit auch nicht

an Schularten und Besoldungsgruppen gebunden. Reale Bildung ermöglicht neben weit gefächerter Berufsreife alle Möglichkeiten des weiteren Aufstiegs, sowohl beruflich als auch abschlussbezogen. Reale Bildung ist nicht das Gegenteil akademischer Bildung, sondern zum einen die Alternative und zum anderen auch der Weg dorthin.

Aus den genannten Gründen ist unser Verband schon lange Ansprechpartner und Interessenvertreter für alle Schularten im Sekundarbereich und ihre Lehrkräfte, egal welchen Geschlechts letztere sind.

Nur unser Name hat zeitlich nicht mitgehalten und entspricht nicht mehr den Realitäten in der Bildungslandschaft: weder in Deutschland noch vor dem Hintergrund der beruflichen Freizügigkeit in Europa.

Ich unterstütze die Absicht der Bezirksvorstände und des Landesverbandes, unseren Verband umzubenennen: WIR sind der Verband Reale Bildung. WIR sind der VRB!“



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Ulrike Wedekind ist seit über 30 Jahren aktives Mitglied im VDR. Sie diente dem Verband viele Jahre als stellvertretende Bezirksvorsitzende und ist derzeit als Schriftführerin im Bezirk Neustadt tätig. 20 Jahre vertrat sie die Realschullehrerschaft im Bezirkspersonalrat. Viele kennen sie aus dieser Zeit als engagierte Ansprechpartnerin für schulische und dienstrechtliche Fragen. Andere erinnern sich noch an Begegnungen mit ihr an den Studienseminaren Mainz und Kaiserslautern, wo sie viele Jahre lang den jungen Realschullehreranwärterinnen und -anwärtern den VDR mit seinen Aufgaben und Zielen vorstellte. Sie organisierte und moderierte zahlreiche Personalräteschulungen im Bezirk und auch im Land.

Ulrike Wedekind sieht die Weiterentwicklung des Verbandes im Profil der Realschule verwurzelt: „Die Realschule leitet ihren Namen bekanntlich von den „realen Lerninhalten“, den sogenannten Realien ab. Diese finden sich vor allem in deren Profil, den Wahlpflichtfächern wieder: Technik und Naturwissenschaften, lebendige Fremdsprachen, Sozialwesen, Wirtschaft, Informationstechnische Bildung und so weiter. Der Erfolg aus der Kombination von praktischem und theoretischem Lernen wurde in den vergangenen Jahrzehnten von den Ausbildungsleitern der Realschulabgängerinnen und -abgänger in Industrie, Handwerk, Handel und in der Verwaltung sehr geschätzt.

Reale Bildung unterscheidet sich bewusst von der humanistischen Bildung am Gymnasium. Durch die jüngste Schulstrukturreform erhält das Prinzip der Realen Bildung einen noch

höheren Stellenwert. Um die an der Realen Bildung orientierten Bildungsgänge auch für die Zukunft stark zu machen und ihnen das gleiche Gewicht wie der humanistischen Bildung einzuräumen, braucht die Reale Bildung eine starke Interessenvertretung in der Bildungspolitik.

Seit 2009 hat sich nicht nur die Schullandschaft extrem gewandelt: Auch das Innenleben der Schulen erfährt notwendigerweise große Veränderungen. Neben den Lehrkräften sind auch Vertreter anderer Berufe, wie z. B. die der Schulsozialarbeiter, Integrationshelfer, Berufseinstiegsbegleiter etc. in den Schulen tätig. Auch für diese Mitarbeiter, die genauso zum Erfolg der Schule beitragen, sollte sich ein Berufsverband, der die Reale Bildung vertritt, öffnen. Bedingung hierfür ist, dass die Qualität der Bildung auch weiterhin im Vordergrund steht. Gemeinsam mit allen

an der Erziehung und Bildung Beteiligten, kann sich der Verband erfolgreich aufstellen und behaupten.“

In Ihrem Fazit hebt Ulrike Wedekind darauf ab, dass nicht nur die Realschule auf die veränderten Gegebenheiten reagieren müsse, sondern auch ihr Berufsverband, der VDR:

„Er muss sich, um in der Zukunft für seine Mitglieder weiterhin tatkräftig und erfolgreich arbeiten zu können, breiter aufstellen. Die Öffnung des Verbandes muss konsequenterweise auch Lehrkräfte, die in anderen Schularten beschäftigt sind und dort der Realen Bildung dienen, erreichen. Zum Beispiel sollten auch Kolleginnen und Kollegen, die an der FOS unterrichten, den Verband der Realen Bildung als ihre Interessenvertretung betrachten können.“



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Birgitt Maczuck war von 1988 bis 2004 VDR-Bezirksvorsitzende in Trier. 10 Jahre war sie Mitglied im Hauptpersonalrat, zuletzt als stellvertretende Vorsitzende. Ihren Verband unterstützt sie noch immer aktiv. Im Bezirk Trier ist sie die Pensionärsbetreuerin.

Frau Maczuck hält das Abschneiden des VDR bei der letzten Personalratswahl für außerordentlich erfreulich. „Ich sehe in dem Ergebnis nicht nur eine Herausforderung, sondern vor allem die Verpflichtung für den Verband, sich aktiv zu öffnen für Lehrkräfte unterschiedlicher

Laufbahnen und Lehrämter. Nur das bietet dem Verband die Möglichkeit, die Reale Bildung als pädagogische Grundforderung moderner Schulbildung in allen Schularten der Sekundärstufe I zu verankern und weiter zu entwickeln.“



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*

Günter Jung ist seit fast 50 Jahren Mitglied im VDR. Über 30 Jahre war er in der Schulleitung der Realschule Idar-Oberstein tätig. Von 1971 – 2007 hat er sich aktiv für den VDR engagiert, z. B. als Delegiertenvertreter der Schule, stellv. Bezirksvorsitzender, erster Pensionärsbetreuer und außerordentliches Mitglied des Bezirksvorstandes Koblenz. Zur Zukunft des Verbandes hat er folgende Überlegungen angestellt:

„Seit der letzten Schulstrukturreform gibt es unsere alte Realschule nicht mehr. Schülerschaft und Lehrerkollegien haben sich verändert. Was aber ist geblieben? – Der Name „Realschule“! Das hat Sinn und Bedeutung, denn viele Inhalte sind geblieben. Hat sich doch diese Schulart immer den „Realien“ verpflichtet gefühlt, d. h. der Ausbildung zur realen Arbeitswelt in Wirtschaft, Verwaltung und Handwerk wie es auch im Wahlpflichtfachbereich deutlich wird. So wie sich Strukturen gewandelt haben, so muss

sich auch unser Verband dem anpassen. Das „Deutscher“ im Verbandsnamen hat mir noch nie recht gefallen und das Wort „Realschullehrer“ vernachlässigt die vielen engagierten Frauen. Wir sollten uns besinnen auf das, was durchgängig geblieben ist, nämlich die „Reale Bildung“ im oben angeführten Sinne. Daher muss auch über eine Namensanpassung nachgedacht werden. Dies sind wir den Gegebenheiten und auch den Lehrkräften an den Integrierten Gesamtschulen, die wir vertreten, längst schuldig.“



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*

Doris John ist VDR-Mitglied seit 1980. Sie leitet die Bertha-von-Suttner Realschule plus in Betzdorf. In der Kommunalpolitik ist sie als Mitglied des Stadtrates in Altenkirchen seit 1989 und als Mitglied des Kreistages seit 1999 tätig. Seit 2010 leitet sie den Arbeitskreis SchuleWirtschaft im Kreis Altenkirchen. Das Amt „Vorsitzende ‚Schule‘ der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz“ hat sie im Jahre 2012 übernommen.

„Ich stamme aus einer Handwerkerfamilie, bei uns fing der Mensch nicht erst beim Abitur an. Es ist aber sehr erfreulich, dass heute immer mehr Kindern der Weg zum Abitur ermöglicht wird. Dazu trägt die Durchlässigkeit unserer Systeme erheblich bei.

Für diese steht auch die Realschule plus, ob kooperativ oder integrativ geführt.

Unsere Gesellschaft braucht allerdings neben unserem akademischen Nachwuchs selbstbewusste und geschätzte Facharbeiter und Handwerker, die unserem Fachkräftemangel in der demografischen Entwicklung entgegenwirken.

Wir alle, Politik, SchuleWirtschaft, Verbände und Kammern, Gewerkschaften und Schulen vor Ort müssen dafür sorgen, dass für jeden unserer Jugendlichen eine ordentliche Berufs-, Lebens- und Sinnperspektive ermöglicht werden kann. Begabungen und Neigungen sind

vielfältig. Diese gilt es bei jedem Individuum herauszufinden und zu fördern. Dazu trägt Reale Bildung mit ihrem Fächerkanon und den Neigungsfächern wesentlich bei.

Die Reale Bildung muss in Schule, Wirtschaft und Gesellschaft größere Beachtung und vor allem Wertschätzung erfahren. Hierbei wünsche ich mir und uns in unseren Tätigkeitsbereichen Unterstützung durch einen Verband Reale Bildung!

In den letzten Jahren habe ich mich bei den vielfältigen Herausforderungen, die die Schulstrukturreform mit sich gebracht hat, nach einem Motto von W. Ward gerichtet: ‚Der Pessimist beklagt sich über den Wind. Der Optimist hofft, dass er dreht. Der Realist richtet die Segel neu aus.‘

In diesem Sinne begrüße ich die Weiterentwicklung des Realschullehrerverbandes.“

Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!



Christoph Krier ist seit Eintritt ins Referendariat (2009) Mitglied im VDR. Seit 2012 engagiert er sich im erweiterten Bezirksvorstand Trier als Regionalbeauftragter und hat stets ein offenes Ohr für Kolleginnen und Kollegen, die Rat bei ihm suchen.

„Als Berufswahlkoordinator arbeite ich mit Herzblut an der Berufsorientierung und habe dabei immer die Reale Bildung im Blick. Für mich heißt das, die Schülerinnen und Schüler in ihrer Persönlichkeit, ihrer Sozial- und Fachkompetenz zu stärken, mit ihnen gemeinsam Kompetenzen auszubilden und ihnen einen möglichst guten Übergang von der Schule ins Berufsleben bzw. zu einer weiterführenden

Schule (Fachoberschule, berufliches Gymnasium, Gymnasium) zu ermöglichen. Hierbei setze ich zum einen auf die kollegiale Zusammenarbeit von Lehrerinnen und Lehrern der ehemaligen Haupt- und Realschulen – denn beide Schulformen profitieren von bewährten berufsbezogenen Projekten – und zum anderen auf das Hand-in-Hand-arbeiten mit den Lern- und Kooperationspartnern aus der

Wirtschaft. Dieser Ausrichtung der Realen Bildung wird der VDR u.a. durch seine Fortbildungsveranstaltungen in Kooperation mit SchuleWirtschaft Rheinland-Pfalz gerecht. Hier bietet sich ein Forum des Austauschs zwischen den Vertretern der Wirtschaft und den Lehrerinnen und Lehrern an, um gemeinsam einen Handlungsrahmen abzustecken, in dem die Realien verwirklicht werden können.“



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Gudrun Deck hat im Hauptpersonalrat 15 Jahre die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen vertreten. Dem VDR gehört sie seit 1982 an. In dieser Zeit hat sie als eine der Ersten Betriebspraktika für Realschüler und Realschülerinnen organisiert. Im Geschäftsführenden Landesvorstand des Verbandes übernimmt sie auch organisatorische Aufgaben. Die Ausgestaltung der Hauptversammlungen, Kongresse und Veranstaltungen des Verbandes liegt bis heute in ihrer Verantwortung. Sie engagiert sich in besonderem Maße für die Museumspädagogik im Rhein-Neckar-Dreieck.

„Mit der Schulstrukturreform kamen Lehrkräfte mit den Lehrämtern HS und BBS an die Realschulen plus und Realschullehrkräfte vermehrt an die neu eingerichteten Integrierten Gesamtschulen; darüber hinaus gibt es mit Einführung der neuen Ausbildungsordnung das Lehramt an Realschulen nicht mehr. Die Realschule mit ihrem Ziel der mittleren Bildung ist erweitert worden. Einerseits soll sie schwächeren Schülern bessere Qualifizierungsmöglichkeiten bieten, andererseits können begabte Schüler in der Fachoberschule ein praxisorientiertes Fachabitur erreichen. Das Dach dafür heißt: Reale Bildung. Der VDR hat diese Entwicklung kritisch begleitet und sich für den weitgehenden Erhalt der Ziele der Realschule eingesetzt und kann sich u.a. dadurch in der veränderten Schullandschaft gut behaupten. Unser Verband soll deshalb offen sein für alle Lehrkräfte und Institutionen, die diese Ziele unterstützen.“



Horst Jurczyk ist der VDR-Seniorenbetreuer der Region Mainz. Als Fachleiter für Biologie war er am Studienseminar Mainz von 1971 bis 1987 in der Lehrerausbildung und von 1988 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2005 als Konrektor an der Anne-Frank-Realschule Mainz tätig. Er sieht den Stellenwert realer Bildung so:

„Die Vermittlung qualifizierter naturwissenschaftlicher Bildung mit hohem Leistungsanspruch – im Pflicht- wie im Wahlpflichtbereich der Schulen – ist seit Jahren eine Forderung an die Lehrkräfte mit entsprechender Ausbildung. Der Ruf nach verstärkter Berücksichtigung der so genannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in den Lehrplänen ist hoch aktuell. Dies erfordert eine fachwissenschaftlich wie pädagogische Lehrerbildung, die sich insbesondere auch an den Gegebenheiten und Entwicklungen der Praxis und Berufswelt orientiert. Reale Bildung kann nur vermitteln, wer selbst solide real gebildet ist.“



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Hanns Peters ist nicht nur im Bezirk Trier, in dem er seit 1988 als stellvertretender Vorsitzender tätig war und den er von 2004 bis 2012 als VDR-Vorsitzender führte, ein Begriff. Im Bezirkspersonalrat war er als Vorsitzender und Mitglied über 25 Jahre hinweg engagiert. Den Landesverband unterstützte er von 1998 bis 2005 als stellvertretender Vorsitzender und war über viele Jahre Referent für Personalvertretungsrecht. Er sieht den Verband vor neuen Herausforderungen:

„Umbruchszeiten erfordern Anpassung an die veränderten Gegebenheiten. Nach Abschluss der organisatorischen Schulstrukturänderung ist nun die innere Formung der neuen Schularart schwerpunktmäßig zu betreiben. Diese muss einer anderen Schülerklientel und stark veränderten Voraussetzungen Rechnung tragen. Es ist ein Prozess, der eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Der VDR hat den organisatorischen Umbruch von Anfang an begleitet und sich richtungsweisend eingebracht (z. B. FOS). In seinem Selbstverständnis sah sich der VDR immer als Sachwalter der Lehrkräfte, für die er sich u. a. in den Personalräten einsetzt. Gleichzeitig bildete die kontinuierliche innere Ausgestaltung der von ihm vertretenen Schularart einen weiteren Arbeitsschwerpunkt. Markenkern der Realschule war die Orientierung an Realien. Dies setzt sich in der Realschule plus mit ihren durchgängigen Prinzipien „Berufsorientierung“ und „Informatische Bildung“ fort. Es sollte sich daher vor dem genannten Hintergrund auch im Verbandsnamen niederschlagen. Die Herausforderung braucht Antworten.“



Eberhard Schneider – zuletzt Schulleiter der Mainzer Anne-Frank-Realschule – ist seit 1968 VDR-Mitglied. Den Verband hat er in vielfältiger Funktion unterstützt: als Delegierter, als Vorsitzender im Bezirk Koblenz, als Mitglied im Koblenzer Bezirkspersonalrat und als stellvertretender Landesvorsitzender.

Eberhard Schneider sieht den VDR heute vor vielfältige Herausforderungen in beamtenrechtlicher, administrativ-organisatorischer und vor allem inhaltlicher und pädagogischer Hinsicht gestellt. Trotz der tief greifenden Veränderung der rheinland-pfälzischen Schullandschaft gibt es nach seiner Auffassung weiterhin Altbewährtes und Unverzichtbares zu tradieren: „Die RS plus sollte – getragen von ihrer Lehrerschaft – auch zukünftig offen für jeden Bildungsfähigen und -willigen sein und ihm ein Angebot an realer Bildung machen können, das dessen Fähigkeiten und Interessen entgegenkommt. Sie wird in Verfolgung dieses Ziel-Schwerpunkte setzen (müssen) wie im mathematischen/naturwissenschaftlichen, sprachlichen, wirtschaftskund-

lichen, handwerklich/technischen, sozialen und musischen Bereich. Sie wird auch zukünftig bereit sein, sich der Lebenswirklichkeit der Schüler zu stellen und nach Möglichkeit den Aneignungs- und Lernprozess zu individualisieren um die angestrebten Ziele zu erreichen. Es wird ihr unverzichtbares Ziel bleiben, die ihr anvertrauten Jugendlichen zu befähigen nach Abschluss ihrer Schulzeit einen qualifizierten Beruf zu ergreifen, sich gesellschaftlich zu integrieren und sich politisch zu engagieren und darüber hinaus jeweils ganz eigenen Interessen mit Freude nachzugehen. Der VDR sollte – ggf. mit neuem Namen – Interessenvertretung derjenigen Lehrkräfte sein und werden, die in diesem Sinne wirken wollen.“



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Rolf Monnerjahn war von 1974 bis 2003

Realschulkonrektor an der Realschule Emmelshausen, Schriftleiter der Realschulblätter von 1980 bis 1987, im erweiterten Landesvorstand Referent für Neue Technologien bis 1997.

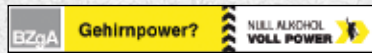
Zur anstehenden Weiterentwicklung des Verbandes äußert er sich folgendermaßen: „Nicht Nostalgie und vergebliche Versuche der

Restauration vergangener Zustände stehen einem Interessenverband gut an, sondern Zielgerichtetheit auf einsehbar vernünftige und durchsetzbare Verbesserungen in der beruflichen Situation. Die in der Vergangenheit herausgestellten Leitfunktionen der Realschule als Brückenglied zwischen berufsorientierten und studienorientierten Bildungsgängen einerseits und die Heranführung bildungsferner Schichten an weiterführende Bildungsgänge andererseits sind nur noch historisch, aber längst nicht mehr aktuell gültig. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn sich

der Verband der Realschullehrer ein neues Programm und einen neuen Namen verordnet. Der Begriff „Reale Bildung“ erscheint mir aussagekräftig, knüpft er doch an den „Realien“-Begriff an, der die Bedeutung von Praxis und Handeln der sprachlich-logischen Theorie-lastigkeit gegenüberstellt. Deutschland steht mit seinem Dualen System in der weltweiten Bildungslandschaft einzigartig da – und das wird zunehmend auch im Ausland so gesehen. Eine Schule, die diesem System zuarbeitet, die Bildung nicht nur für den Kopf, sondern auch ganzheitlich für Herz und Hand anbieten will, ist auf einem vielversprechenden Weg.“



NICHT ÜBERBEWERTEN: Rauschtrink-Statistik



26.673 Kinder und Jugendliche zwischen zehn und neunzehn Jahren wurden 2012 wegen Alkoholexzessen in ein Krankenhaus eingeliefert. Im Vergleich zum Jahr davor ist die Zahl der Behandelten um ca. 1,2 Prozent gestiegen. Experten warnen jedoch davor, die Zahlen überzubewerten.

Vor allem bei Mädchen ist ein Zuwachs an Betroffenen vorhanden, dennoch sind die tatsächlichen Zahlen bei jungen Männern deutlich höher. Des Weiteren ist erkennbar, dass zwar weniger Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 15 Jahren im Vergleich zum Vorjahr behandelt wurden, gleichzeitig aber mehr 15- bis 20-jährige medizinische Behandlung benötigten.

Die Gründe für die erhöhten Zahlen sehen Experten aber keinesfalls nur im Verhalten der Jugendlichen. „Die Gesellschaft ist in Bezug auf exzessiven Alkoholkonsum extrem sensibilisiert worden. Deshalb ist die Schwelle gesunken, bei stark alkoholisierten Personen einen Rettungsdienst zu informieren“, sagt Theo Baumgärtner, Leiter des Büros für Suchtprävention in Hamburg. Zudem sei ein solches Verhalten bei Jugendlichen keineswegs ein Massenphänomen. Die jüngsten Drogenberichte der Regierung kamen zu dem Schluss, dass junge Menschen insgesamt weniger trinken, rauchen oder kiffen als noch vor zehn Jahren. Das würde bedeuten, dass sich die kleine Gruppe der sogenannten Komasaüßer in ihrem Trinkverhalten immer weiter von der Gesellschaft entfernt.

*wü/Quelle: www.spiegel.de/schulspiegel/leben/jugendliche-extremer-alkohol-konsum-steigt-an-a-939313.html
Ein Beispiel für eine Anti-Alkoholkampagne findet sich auf der Bzga-Webseite „Null Alkohol – Voll Power“:
www.null-alkohol-voll-power.de/*

Aus einem Leserbrief an die RHEINPFALZ vom 07.12.13 „Zum Lernen gehört Disziplin“

Wieder einmal nimmt das Thema „Abschneiden Deutschlands bei der Pisa-Studie“ viel Platz in den Nachrichten ein. Tenor: Hurra wir sind besser geworden! Weshalb wir aber nie an die Weltspitze kommen können ist ganz simpel, auch wenn Wissenschaftler, Politiker und Pädagogen viel spekulieren, reden und rundoktern. Zum Lernen gehört Disziplin! Wie diese Disziplin erreicht wird, ist für das Lernergebnis erst einmal unwichtig. Natürlich wäre es am besten, wenn sie aus Selbstdisziplin erwächst. Aber Fazit ist nun mal, Disziplin ist das A und O für den Lernerfolg!

Hartmut Dietrich, Speyer

SCHULTRÄGER: Priorität für Bildung?



Schulsozialarbeit, personelle Ausstattung der Schulsekretariate, Sanierung der Schultoiletten, Barrierefreiheit, Beseitigung krankmachender Bausubstanzen, Schulbuchausleihe, Schülerbeförderung, Betreuung und Pflege der medialen Ausstattung, dauerhaft gesperrte Turnhallen usw. – die Schulträger werden anscheinend vielerorts und bundesweit den Verpflichtungen für ihre Schulen nicht mehr gerecht.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ, 12.12.2013, Kämpfer gegen den Schimmel) mutmaßt: „Entweder fehlt Geld oder Schule und Bildung hat nur geringe Priorität.“ Nach Schätzungen schiebt alleine die Stadt Frankfurt bei den Schulen einen Sanierungsstau von rund 900 Millionen Euro vor sich her. Auch in Rheinland-Pfalz mehren sich die Klagen, dass die Schulträger ihrer Verantwortung nur unzureichend gerecht werden. Da wird zum Beispiel standhaft ignoriert, dass dislozierte Schulen mit zwei Standorten nicht wie eine Schule mit nur einem Standort behandelt werden können – das betrifft vor allem die personelle Ausstattung des Sekretariats, aber auch z. B. die Ausstattung mit PC-Räumen. Inklusion, ein anderes Beispiel, scheitert im Einzelfall in Rheinland-Pfalz auch daran, dass der Schulträger sich weigert, die Kosten für eine Rampe für Rollstuhlfahrer zu übernehmen.

Und in der Regel wird der „Schwarze Peter“ hin und her gereicht: Die Schulträger zeigen mit dem Finger auf die Landesregierung, die ihnen zu wenig Mittel zur Verfügung stellt. Die Landesregierung wiederum beharrt auf ihrer Nicht-Zuständigkeit und klagt über fehlende Bildungsinvestitionen durch den Bund. Und die (ehemalige) Bundesregierung beschwert sich über schlechte Erfahrungen, weil in der Vergangenheit von ihr bereitgestellte Mittel (z. B. für die Schulsozialarbeit) von den Ländern zur Sanierung ihrer maroden Haushalte zweckentfremdet wurden.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) gelobte nun Besserung und will 2014 jeden Monat eine Frankfurter Schule besuchen, nachdem ihn der Hilferuf ereilt hat: „Herr Feldmann, da schimmelt es an Ihrer alten Schule.“

Eic/Quelle: FAZ, 12.12.2013

► KOMMENTAR

Was misst PISA eigentlich?

Die asiatischen Teilnehmerstaaten an der PISA-Studie haben auch bei der fünften Erhebung der PISA-Studie erfolgreich abgeschnitten. Grund genug, die Frage zu stellen, was wir von China, Korea und Singapur lernen können. Besser nichts, sagen diejenigen, die noch vor Kurzem zu den Verehrern der einstigen PISA-Stars Dänemark, Finnland und Schweden zählten.

Was misst eigentlich PISA?

Das ist die Frage, die inzwischen mit reichlicher Verspätung auch von denjenigen gestellt wird, denen es nach der ersten Studie im Jahre 2000 nicht schnell genug gehen konnte, das deutsche Bildungssystem nach dem Vorbild der damaligen PISA-Stars umzukrempeln. Finnland, Schweden und Dänemark steigerten aufgrund der PISA-Siege nicht nur ihr Bildungsrenommee, sondern auch ihre Einnahmen durch den bald darauf einsetzenden Bildungstourismus. Vertreter nahezu aller politischen wie pädagogischen Strömungen wollten sich vor Ort ein Bild machen, wie Bildung geht.

Ernüchterung nach über einem Jahrzehnt Reformen

In Deutschland wurde PISA benutzt, alles Bewährte oder auch nur Tradierte in Frage zu stellen. Wichtige Fragen dagegen wurden nicht gestellt: Legitimation und Ziele der OECD? Stimmige Reformkonzepte? Kosten? Taugt Skandinavien als Vorbild? Man ist sofort zur Tat geschritten, hat kräftig reformiert und die Gunst der Stunde dazu genutzt, die Vielgliedrigkeit abzuschaffen. Das ist fast überall in Deutschland gelungen und nun herrscht Reformmüdigkeit.

| Aufsteiger | | | |
|------------------|---------------|------------|------------------------|
| Brasilien | Israel | Polen | |
| Bulgarien | Italien | Portugal | |
| Chile | Katar | Rumänien | |
| Deutschland | Macao (China) | Serbien | |
| Griechenland | Mexiko | Tunesien | |
| Hongkong (China) | Montenegro | Türkei | |
| Stehenbleiber | | | |
| Argentinien | Korea | Norwegen | Taipeh (China) |
| Estland | Kroatien | Österreich | Thailand |
| Irland | Lettland | Russisch | Vereinigte Staaten |
| Japan | Liechtenstein | Schweiz | Vereinigtes Königreich |
| Jordan | Litauen | Slowenien | |
| Kolumbien | Luxemburg | Spanien | |
| Absteiger | | | |
| Australien | Kanada | Ungarn | |
| Belgien | Neuseeland | Uruguay | |
| Dänemark | Niederlande | | |
| Finnland | Schweden | | |
| Frankreich | Slowakei | | |
| Island | Tschechien | | |

Info-Grafik: Die Auf- und Absteiger im Bereich Mathematik (Entwicklung der durchschnittlichen Ergebnisse im Verlauf der PISA-Teilnahme seit 2003)

Finanzkrisen-Einsichten

Es mehren sich nicht nur die Zweifel, ob Deutschland aus PISA die richtigen Lehren gezogen hat, inzwischen wird PISA selbst

kritisch hinterfragt. Vor allem die internationale Finanzkrise hat deutlich vor Augen geführt, dass das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem ein Garant für eine geringe Jugendarbeitslosigkeit ist und deshalb inzwischen als Vorbild für Bildungsreformen in anderen Ländern gilt (vgl. Titel RBiRP, 2/2013). Außerdem lässt die Anziehungskraft der einstigen skandinavischen Vorzeigeländer nach. Selbst DIE ZEIT, die nicht gerade als bildungskonservativ bekannt ist, kommt zu dem Schluss: „Aber auch die Finnen lassen sich nicht einfach kopieren, mit ihrer bislang recht homogenen Gesellschaft, die viel Wert auf Bildung legt. Zumal sie in den Pisa-Studien von Jahr zu Jahr ein wenig schlechter abschneiden. Steigende Arbeitslosigkeit und Einwanderung liefern Probleme, die inzwischen auch finnische Kinder vom Lernen abhalten“ (DIE ZEIT, 3. Dezember 2013).

Die neuen Champions: kein Vorbild

Es darf getrost angenommen werden, dass die zunehmend kritische Haltung gegenüber PISA auch mit dem „PISA-Abstieg“ Dänemarks, Finnlands und Schwedens in engem Zusammenhang steht. Diejenigen, die sich zuvor romantisch verklärend den vermeintlichen Heile-Welt-Bildungsländern zugewendet hatten, wenden sich jetzt entschieden von den asiatischen Gewinnern ab: Shanghai (China), Singapur, Hongkong (China), Taipeh (China), Korea, Macao (China) und Japan (Platz 1 bis 7). In China und Korea herrsche kinderverachtender Drill, dort würde nur gepaukt und eine menschenverachtende Bestenauslese herrsche vor.

Eine andere Lernkultur

Bei näherer Betrachtung finden sich auch Erklärungen für das gute Abschneiden der asiatischen Staaten, die uns zumindest nachdenklich stimmen sollten. Auffällig ist zum Beispiel der „hohe Respekt vor dem Fach Mathematik. In China würde niemand mit einer schlechten Mathematiknote kokettieren. (...) Insgesamt nehmen die Fächer Chinesisch, Englisch und Mathematik weit mehr als die Hälfte der Unterrichtsstunden ein“ (vgl. FAZ, 3. Januar 2013: Erschöpfte Schüler). Während bei uns jede Interessengruppe versucht, neue Fächer (u.a. Glück, Ernährungskunde, Umwelt-Erziehung) in unseren Bildungskanon einzubringen, setzen die Chinesen Prioritäten.

Fazit: Nach 12 Jahren PISA wird noch immer zu wenig in Bildung investiert. Und es ist höchste Zeit, Fragen wie diese zu stellen: „Was misst PISA eigentlich?“ und „Wohin will uns die Wirtschaftsorganisation OECD mittels PISA eigentlich führen?“



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de

Vertreterversammlung des Philologenverbandes in Stromberg

Im öffentlichen Teil der zweitägigen Veranstaltung trafen sich die Vorsitzenden der befreundeten dbb-Lehrerverbände mit Ministerin Doris Ahnen zu einem Gruppenfoto (v.l.): Karl-Heinz Fuß (vlw), Ulrich Brenken (vlbs), Malte Blümke (phv) und Bernd Karst (VDR).

Die phv-Delegierten hatten zuvor die bildungs- und berufspolitischen Leitlinien für die nächsten beiden Jahre verabschiedet und Malte Blümke erneut zum Vorsitzenden gewählt. Ministerin Ahnen ging in ihrem Grußwort auf die Forderungen nach einer sofortigen Unterrichts-Vollversorgung ein: Das Problem könne nur langfristig gelöst werden. Sie wolle für einen Einstellungskorridor über die Zeit hinweg sorgen, damit „die jungen Leute auch in Zukunft immer eine Einstellungschance haben.“



Text und Foto: Wü



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Erwin Steilen war von März 2005 bis September 2009 VDR-Vorsitzender im Bezirk Neustadt, vier Jahre Mitglied im Hauptpersonalrat, Vorsitzender der fachdidaktischen Kommission „Informationstechnologie“ von September 2003 bis Dezember 2004 (Bildungsministerium) und ist Referent für Informationstechnologie im VDR-Landesvorstand.

Für ihn hat die „Reale Bildung“ eine große Bedeutung in einer modernen Schule: „Die Orientierung von Unterrichtsinhalten und Unterrichtsmethoden an der Umwelt der Schülerinnen und Schüler sowie der verstärkte Praxisbezug und die Berücksichtigung aktueller Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft bei der Gestaltung von Schule waren seit jeher Kennzeichen der „Realen Bildung“ und Kern unseres Programms an der ehemaligen Realschule. Dabei stand die Realschule nicht nur vertikal zwischen dem Gymnasium und der Hauptschule, sondern sie verstand sich auch als Mittelbau zwischen einem Gymnasium, ruhend auf dem humboldtschen, nur dem Wahren, Guten und Schönen verpflichteten Bildungsideal, und den stärker auf zielorientierte, lebensnahe Ausbildung gerichteten Schulformen der Sekundarstufe I. Beide Ansätze finden ihre Vereinigung in der Idee der „Realen Bil-

dung“. Reale Bildung ist nie nur Ausbildung, so wenig wie sie nie nur humanistische Bildung ist. Sie ruht auf beiden Pfeilern gleichzeitig. Auf der Grundlage dieser Bildungsidee wurden Wissen und Können zahlreicher Schülerinnen und Schüler optimal entwickelt, so dass sie nach ihrer Schulzeit über eine solide Allgemeinbildung verfügten und verantwortungsvoll ihre Rolle in Gesellschaft und Beruf wahrnehmen konnten. Als Beispiel sei hier die Einbeziehung der informatischen Bildung – einem schulförmübergreifenden Aspekt „Realer Bildung“ – genannt, bei der die Realschule wesentlich beim Anstoß, beim Aufbau und bei der Integration in die schulischen Lehrpläne mitgestaltet hat. Die erfolgreiche Idee der „Realen Bildung“ sollte – weiterentwickelt und angepasst auf ein jeweils geeignetes „Spektrum“ – zum pädagogischen Grundstock einer modernen Schule gehören.“



Michael Germann ist Realschullehrer und langjähriger Vorsitzender des ÖPR der RS plus Bruchmühlbach-Miesau.

„Den Fokus bei realer Bildung lege ich auf den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Reale Bildung beinhaltet die Komponenten politische Bildung und Demokratieerziehung und zielt auf die Vorbereitung junger Menschen auf das Leben. Dabei sind für mich Leistungs-, Wert- und Berufsorientierung die Eckpunkte von realer Bildung.“

► RESOLUTION DER RHEINLAND-PFÄLZISCHEN DBB-LEHRERVERBÄNDE VOM 11. NOVEMBER 2013

Zur geplanten flächendeckenden Einführung der Inklusion auch an den Regelschulen, wie sie in einer Gesetzesnovelle der Landesregierung zum Schulgesetz, die sich zur Zeit in der Anhörung befindet, vorgesehen ist, halten die Lehrverbände des Deutschen Beamtenbundes Rheinland-Pfalz fest:

Inklusion – Ressourcen sind die Grundbedingung

Die Unterzeichner dieser Erklärung unterscheiden sich in Fragen der Ausrichtung und konkreten Umsetzung der schulischen Inklusion. Dennoch ist unabhängig von der Sichtweise auf das Thema unstrittig, dass eine wie auch immer geartete Umsetzung der schulischen Inklusion nur mit einer vollständigen Ressourcenausstattung gelingen kann.

Behinderte und beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sind besonders verletzlich und bedürfen ungeachtet des Förderortes optimaler Rahmenbedingungen. Dies betrifft sowohl die personelle als auch die sächliche Ausstattung. Im aktuellen Entwurf des Landeshaushalts werden zum Beginn des Schuljahres 2014/2015 nur 50 zusätzliche Förderschullehrer in Aussicht gestellt. Mit diesen wenigen Lehrkräften aber soll landesweit die vollständige Öffnung des Elternwillens hinsichtlich des Lernortes Förderschule, Schwerpunktschule oder Einzelintegration gestaltet werden, wie es im neuen Schulgesetz vorgesehen ist. Die

Zahl ist nicht am tatsächlichen Bedarf ermittelt. Dieses Vorgehen ist daher von Vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Gleichzeitig werden weder im aktuellen Haushaltsentwurf noch im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung die baulichen Notwendigkeiten angesprochen. Die meisten Schulen verfügen jedoch weder über Differenzierungsräume oder Ruheräume noch über Therapieräume.

Wenn diese Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend geklärt sind, kann auch bei größtem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer eine Inklusion zum Wohle des Kindes nicht umgesetzt werden.

Deshalb fordern die Unterzeichner die Landesregierung auf, die Umsetzung der Inklusion inhaltlich auszugestalten und erst die Ressourcenfrage zu klären, bevor sie die konkrete Umsetzung der Inklusion an den Schulen vollzieht.

Malte Blümke

Philologenverband Rheinland Pfalz (PhV)

Gerhard Bold

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Bernd Karst

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Ulrich Brenken

Verband der Lehrer an Berufsbildenden Schulen (vlbs)

Karl-Heinz Fuß

Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (vlw)

Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!



Katharina Becker ist seit ihrer Referendariatszeit vor sieben Jahren im VDR. Seit zwei Jahren ist sie stellvertretende Bezirksvorsitzende im Bezirk Trier und seit Mai Mitglied des Hauptpersonalrats. Für sie ist klar, dass der Verband sich weiterentwickeln muss.

„Schüler dort abholen, wo sie sind; Schüler so fördern, wie es nur geht; Freude und Spaß am Lehren erhalten, das sind die Maximen, die uns bewegen, Lehramt zu studieren. Die nötigen Voraussetzungen dafür zu erhalten oder zu schaffen, waren die Beweggründe, Mitglied im VDR zu werden. Es mag sich nun zwar die Schullandschaft verändert haben, doch die Idealvorstellung von Schule bleibt die gleiche. Noch immer liebe ich meinen Beruf und möchte mich dafür einsetzen, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten. Ein Verband, der solche Interessen verfolgt, darf den Verbandsnamen hinterfragen.“

Die Realschule und auch die Realschullehrerausbildung gibt es nicht mehr. Doch letztendlich ist uns unsere Idee geblieben. Eine Idee, die so viel Zuspruch findet, dass der Verband sich nicht potenziellen Mitgliedern verschließen darf. Uns sind alle Kolleginnen und Kollegen willkommen, die sich der Idee der realen Bildung verbunden fühlen. Uns eint der Glaube daran, dass wir durch Lebensnähe, Praxisbezug und Vielfalt unsere Schüler bestmöglich fördern und fördern können. Um dies zu ermöglichen, brauchen wir eine gemeinsame Interessensvertretung unserer Lehrerschaft, deren Name keine Ausgrenzung betreibt, sondern uns gemeinsam unter unserer Vision eint.“

► MAINZ, DEN 19. DEZEMBER 2013

Runder Tisch „Gemeinsam für eine gute Erziehung“ Positionspapier

Unterrichtsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten einiger Kinder und Jugendlicher gefährden zunehmend den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler. Erziehung ist zuvörderst das Recht und die Pflicht der Eltern. Sie ist auch verfassungsgemäßer Auftrag aller Lehrkräfte und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie braucht Zeit als Ressource und eine enge Abstimmung zwischen Schule und Elternhaus – insbesondere an den Schnittstellen der Bildungsbiographie. Aus zwei Vorstellungen von best practice im Bereich Prävention und Intervention wird deutlich:

1. Prävention wird im Schulkonzept verankert (PROPP, Coolnesstraining, Streitschlichtung u. a.) und von der gesamten Schulgemeinschaft mitgetragen. Vorteilhaft ist, gemeinsame Werte zu leben bzw. in einer Schulvereinbarung festzuhalten.
2. Bei jedem Gewalt- oder Mobbingfall wird interveniert. Es wird eine Kultur des Hinschauens, Handelns, Schützens und Unterstützens sowie der konsequenten Aufarbeitung gelebt.
3. Eltern und Schule arbeiten zusammen. Zudem kooperieren Schulen vor Ort mit Partnern, z. B. mit Jugendämtern, Schulpsychologischen Beratungszentren, Erziehungsberatungsstellen, Ausländerbeiräten u. a. und werden durch Schulsozialarbeit unterstützt. Diese Unterstützung wird in Form regelmäßiger Absprachen dauerhaft und nachhaltig sichergestellt. Eltern bringen sich in diesen Prozess aktiv ein.
4. Sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Eltern und Lehrkräfte müssen jederzeit auf externe Unterstützung zurückgreifen können, damit auch außerhalb des direkten Schulsystems professionelle Hilfe möglich ist.
5. Bestehende Rahmenbedingungen ermöglichen die Umsetzung von Prävention und Intervention. Die Schulen werden ermutigt, diese zu nutzen. Ziel ist die Herstellung einer positiven Lernatmosphäre und ein störungsfreier Unterricht.
6. Unterstützungsangebote- und Maßnahmen sind unverzichtbar. Dazu gehören unter anderem die Einbeziehung von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches vereinbaren, die Wirkung der aus dem Papier resultierenden Maßnahmen in zwei Jahren zu überprüfen.

*Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Verband der Lehrerinnen und Lehrer Berufsbildender Schulen (vlbs), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW),
Philologenverband (PhV), Pädagogisches Landesinstitut (PL), Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK),
Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF), LandesschülerInnenvertretung (LSV), Landeselternbeirat (LEB)*

► PRESSEMITTEILUNG DES LANDESELTERNBEIRATS (LEB) VOM 19. DEZEMBER 2013

Gute Erziehung Recht und Pflicht der Eltern und Auftrag der Lehrkräfte

Unterrichtsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten einiger Kinder und Jugendlicher gefährden zunehmend den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler. Was ist dagegen zu tun und wer trägt die Verantwortung? Diese Problematik führte Anfang 2013 zunächst den Landeselternbeirat und den Verband der deutschen Realschullehrer zusammen und dann zur Gründung eines „Runden Tisches für gute Erziehung“, an dem erstmals folgende rheinland-pfälzischen Bildungspartner zusammenarbeiteten: der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), der Verband Bildung und Erziehung (VBE), der Verband der Lehrerinnen und Lehrer Berufsbildender Schulen (vlbs), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Philologenverband (PhV), das Pädagogische Landesinstitut (PL), die Ministerien für Bildung, Wissen-

schaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK) und für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF), die LandesschülerInnenvertretung (LSV) sowie der Landeselternbeirat (LEB).

Von Beginn an war man sich darüber einig, dass es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die Übernahme der jeweiligen Verantwortung und um konkrete Maßnahmen geht. Die Teilnehmer haben sechs Vorschläge zur Realisierung guter Erziehung in der Schule erarbeitet, die dieser Meldung beiliegen. In zwei Jahren werden sie die Wirkung der aus dem Papier resultierenden Maßnahmen überprüfen.

► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 10. JANUAR 2014

Holt die Lehrer jetzt von der Straße! VDR fordert Verbesserung der Lehrerversorgung zum 2. Halbjahr

Obwohl sich die Landesregierung bei der Prognose der Schülerzahl gewaltig verschätzt hat, hält sie an den Sparvorgaben des nicht mehr aktuellen Klemm-Gutachtens fest.

Für den Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) ist nicht hinnehmbar, dass sich das Versorgungsdefizit an den Realschulen plus im laufenden Schuljahr nochmals auf 2,6% erhöht hat (Steigerung um 18% gegenüber dem Vorjahr). „Die aufgrund des demographischen Wandels rückläufigen Schülerzahlen wurden offenbar nicht zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung genutzt, sondern dienen allein der Sanierung des Landeshaushaltes“, so VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst.

Offenbar selbst erschrocken von den Zahlen, hatte Ministerin Doris Ahnen bei der Veröffentlichung der Statistik im November versichert, bei den Realschulen plus müsse man nochmals genau hinschauen. „Schauen Sie nicht nur hin, sondern handeln Sie jetzt!“, fordert Karst die Ministerin auf. Unverständlich sei, dass die Regierung keine Zukunftsperspektiven für die im Land ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer bieten will. Das Spardiktat

verschrecke die Lehrerinnen und Lehrer wie auch die Studierenden für das Lehramt an Realschulen plus. Es verwundere nicht, dass sich die ausgebildeten Pädagogen in anderen Bundesländern umschaufen und dort willkommen seien. Dazu VDR-Chef Karst: „Noch sind die Lehrkräfte, deren Ausbildung am 31. Januar 2014 ausläuft, auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Werden sie aber heute nicht eingestellt, stehen sie in aller Regel weder im laufenden noch in den nachfolgenden Schuljahren zur Verfügung.“

Gerade die neue Schulart Realschule plus muss mehr leisten, als die reine Abdeckung des Fachunterrichts. Einsparungen zu Lasten von Differenzierungs- und Fördermaßnahmen rächen sich hier besonders bitter. Entscheidend für die Unterrichtsqualität ist die Versorgung mit fachlich qualifizierten und pädagogisch gut ausgebildeten Lehrkräften. Nur eine Lehrerversorgung mit 100 + x % kann den Schulen auch eine gewisse Flexibilität beim Umgang mit kurzfristigen Ausfällen durch Erkrankungen, Klassenfahrten usw. verschaffen.

► SWR-BEITRAG VOM 14. JANUAR 2014

Realschulen plus leiden unter Unterrichtsausfall

Aufgrund dieser Pressemitteilung hat der SWR einen Beitrag für seine Sendung Landeschau aktuell vom 14. Januar 2014 produziert und neben dem VDR-Landesvorsitzenden Bernd Karst auch die Rektorin der Realschule plus Ingelheim Sabine Reich und Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann interviewt. Hier ein kleiner Ausschnitt aus der Sendung:

SWR: An den Realschulen plus fallen mehr Unterrichtsstunden aus, als an allen anderen Schulen, klagt der Realschullehrerverband. Er fordert dringend neue Lehrerstellen.

Bernd Karst: Wir erwarten von der Landesregierung, dass spontan nachgesteuert wird zum 1. Februar. Die Lehrer sind auf der Straße. Wir wollen die Lehrer von der Straße in die Schulen holen. Wir brauchen diese Lehrer!

SWR: Im Bildungsministerium stößt die Forderung auf offene Ohren. Staatssekretär Beckmann räumt ein, man habe die Schülerzahlen unterschätzt.

Hans Beckmann: Es ist in der Tat so, dass die Schülerzahlen an den Realschulen plus weniger stark zurückgegangen sind, als wir erwartet haben. Und klar ist auch, dass wir für die Personalplanung im kommenden Schuljahr darauf reagieren müssen.

SWR: Zum neuen Halbjahr allerdings werde es noch keine neuen Stellen geben, da würden nur ausscheidende Lehrer ersetzt.



Bernd Karst im Gespräch mit SWR-Redakteurin Almut Rusbüldt
Foto: VDR





DBB FORDERT:

Gleichbehandlung für Beamte bei der Altersversorgung



- Übertragung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Regelung der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren auf die Beamten.
- Verbesserung der Anrechnung für Kindererziehung für Beamtinnen, die vor 1992 Mütter geworden sind.

Nach 45 ruhegehaltfähigen Jahren sollten Beamte, die auf Antrag in Pension gehen, eine abschlagsfreie Pension erhalten können, fordert der dbb.

Auch die für die Rentenversicherten geplante Erhöhung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten soll systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Hier soll es nach dem Koalitionsvertrag und den Plänen der Bundesregierung zu einer Verdoppelung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf zwei Rentenpunkte kommen. Folgerichtig fordert der Vorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion Dauderstädt die „systemgerechte Übertragung von Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere der verbesserten Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten vor 1992 und der Verlängerung der Zurechnungszeit, in das Beamtenversorgungsrecht. Alles andere wäre sachlich nicht zu begründen und schlicht ungerecht.“

Der VDR Rheinland-Pfalz unterstützt die Forderungen des dbb. Ansonsten würde bei der Altersversorgung eine Gerechtigkeitslücke entstehen, die sich auch negativ auf die Attraktivität einer Beschäftigung als Beamter oder Beamtin im öffentlichen Dienst auswirken könnte.

Martin Radigk

KMK-PRÄSIDENTIN:

Nimmt sie Inklusion auf die leichte Schulter?



Die Ministerin für Schule und Weiterbildung und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann (Grüne), hat turnus-

gemäß die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) angetreten. Ihre Präsidentschaft eröffnete Frau Löhrmann mit Interviews, in denen sie u. a. Inklusion und Lehrerbildung als Schwerpunktthemen ihrer Präsidentschaft umschreibt.

Ein Gespräch mit SPIEGEL ONLINE (13. Januar 2014) zeigt, dass Frau Löhrmann bemüht ist, Inklusion als ein Aufgabenfeld zu definieren, das zu den allgemeinen Aufgaben des Lehrerberufs gehört: „Außerdem wollen wir gemeinsam verbindliche Module für die Lehrerbildung erarbeiten und verabschieden. Darin soll stehen, was jede Lehrerin und jeder Lehrer können muss, um inklusives Lernen erfolgreich zu gestalten. Das ist das Kerngeschäft von Unterricht heute: der Umgang mit heterogener, vielfältiger Schülerschaft.“

Das ist schon bemerkenswert, wenn auch nicht neu: Die politisch Handelnden schieben ihre Verantwortung für Inklusion einfach auf uns Lehrkräfte ab. Sie tun das trotz des allmählich aufkommenden Bewusstseins, dass sie hinsichtlich ihrer ambitionierten Zielvorstellungen in Sachen Inklusion ein zu großes Rad gedreht haben.

Wollte man Inklusion so gestalten, wie es auch der KMK-Präsidentin Löhrmann vorschwebt, dann müssten die Bundesländer massiv in die räumliche, sächliche und vor allem personelle Ausstattung ihrer Schulen investieren. Ambitioniert ist aber nur das, was Frau Löhrmann an Schulen und Lehrkräfte delegieren möchte: Die Verantwortung für das Gelingen von Inklusion ohne ausreichende Zukunftsinvestitionen. Das sieht offensichtlich auch SPIEGEL ONLINE so, wenn Frau Löhrmann mit einem Gutachten des Städtetages konfrontiert wird, das viel zu geringe Ausgaben für die Inklusion anprangert, und gefragt wird, warum sie, wenn ihr Inklusion so wichtig ist, in ihrem eigenen Bundesland NRW so wenig dafür tut.

Es ist beruhigend zu wissen, dass die mediale Öffentlichkeit der Politik nicht mehr einfach durchgehen lässt, sich aus der Verantwortung für das Gelingen von Inklusion zu stellen.

Eic/Quelle: SPIEGEL ONLINE, 13.1.2014

► VDR-PRESSEERKLÄRUNG VOM 7. JANUAR 2014 ZUR 55. DBB JAHRESTAGUNG IN KÖLN

Schulen müssen ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können

VDR-Vorsitzender Böhm fordert auf Kölner dbb-Jahrestagung klares Bekenntnis der Politik zum Beamtenstatus für Lehrkräfte

Die Aussagen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf der Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion vom 5. bis 7. Januar 2014 in Köln nahm der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, zum Anlass, für die Einstellung von Lehrkräften auch weiterhin den Beamtenstatus zu fordern. „Der Staat darf sich gerade im entscheidenden Zukunftsfeld Bildung nicht seiner Verantwortung entziehen. Dazu gehören das klare Bekenntnis zu verbeamteten Lehrkräften, beste Arbeitsbedingungen an den Schulen und eine perspektivische Personalentwicklung“, so Böhm.

In seinem Beitrag hatte der Innenminister u. a. festgestellt, dass sich die Bedingungen für eine Einstellung im öffentlichen Dienst entweder als Beamter oder als Tarifangestellter nicht allein auf die Frage reduzieren lassen, ob es sich bei dem zu bearbeitenden Tätigkeitsfeld um ein Amt mit hoheitlichen Aufgaben handle. De Maizière plädierte für eine flexible Vergabe des Beamtenstatus. Wörtlich führte er aus: „Weil die verschiedenen Motive zu einer unterschiedlichen Verbeamtungspraxis in den einzelnen Berufsgruppen führen, zeigen sich inzwischen ... gewisse „Unschärfen“ in den Konturen der Statusgruppen“. Das gelte z. B. – aber nicht nur – für die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer.

De Maizières Aussagen nahm VDR-Vorsitzender Böhm zum Anlass, mit Nachdruck auf die Besonderheiten des Lehrerberufs aufmerksam zu machen. Mit ihrem anspruchsvollen Bildungs- und Erziehungsauftrag stünden Lehrkräfte in einem spezifisch engen personalen Verhältnis zu den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen.

Allein dieser Umstand mit seiner hohen Verantwortungsethik rechtfertige den Beamtenstatus bereits hinreichend. Es komme hinzu, dass Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der an sie gestellten schulgesetzlichen Forderungen wie der Beurteilungs- und Abschlussvergabepraxis in erheblichem Umfang mit hoheitlichen Aufgaben befasst seien. Wohin ein Schulsystem treibe, das zu großen Teilen Tarifangestellte beschäftige, sei aktuell am Bundesland Berlin zu beobachten. „Wenn sich eine Gesellschaft nicht mehr darauf verlassen kann, dass die schulischen Akteure ihrer Pflicht zur Gewährleistung angemessener Arbeitsbedingungen und Vergütung sowie der Pflicht zu zuverlässigem schulischem, insbesondere unterrichtlichem Handeln nachkommen, wird es Verhältnisse an unseren öffentlichen Schulen geben, die auf keinen Fall die großen Zukunftsaufgaben bewältigen können“, warnte Böhm.



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Margit Lenarz ist VDR-Mitglied seit 1987, war lange Jahre Mitglied des Schulpersonalrates an der Albert-Schweitzer-Realschule Mayen und arbeitete im Bezirksvorstand Koblenz seit den 90er Jahren mit. Von 2001 bis 2009 war sie Bezirksvorsitzende. Von 2001 bis 2005 war sie Mitglied des Hauptpersonalrats und von 2005 bis 2009 stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrats. Als Pensionärsbetreuerin ist sie weiterhin im erweiterten Bezirksvorstand Koblenz aktiv. Sie sieht den VDR vor Herausforderungen:

„Der VDR hat sich als Verband immer den Herausforderungen gestellt, die an die Schulart Realschule herangetragen wurden. Es hat nie einen Stillstand gegeben. Der mittlere Schulabschluss wurde weiterentwickelt, den Schülerinnen und Schülern wurde so ein breites Feld beruflicher und studienbezogener Qualifikationen angeboten. Wachsende Schülerzahlen bestätigten die gute Arbeit des Verbandes. Der Leistungsgedanke wurde immer betont, Fördern und Fordern waren und sind die wesentlichsten Intentionen, Schülerinnen und Schüler

auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten. Durch die Weiterentwicklung im Wahlpflichtbereich werden Schülerinnen und Schüler sowohl auf einen praktischen als auch auf einen akademischen Beruf optimal vorbereitet. Mit dem Namen VDR wurde Reale Bildung immer verbunden, somit ist die Neuausrichtung eine logische Konsequenz auf die schulpolitischen Entwicklungen. So dürften sich alle Lehrkräfte vertreten fühlen.“



► VDR ZU BESUCH IN DEN STUDIENSEMINAREN KL/LANDAU-LAND UND MZ/OBERDIEBACH

Wird das LehramtRS plus überhaupt noch gebraucht? Ja, klar!

Am 20. Januar 2014 und am 22. Januar 2014 stellte der VDR-Bezirksverband Neustadt einer neuen Generation von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern in den Studienseminaren Kaiserlautern (Teildienststelle Landau-Land in Ilbesheim) und Mainz (in der Teildienststelle Oberdiebach) den VDR und sein ehrenamtliches Verbandsengagement vor. Das geschah in den jeweiligen Studienseminaren auf unterschiedliche Weise, auch wenn in Ilbesheim und Oberdiebach im Sinne der Überschrift ganz ähnliche Sorgen geäußert wurden: Braucht und will diese Landesregierung uns bzw. unsere Ausbildung überhaupt noch?



Viele Einzel- und Gruppengespräche in Landau-Land

In Ilbesheim konnten sich Lehrerverbände und Gewerkschaften den Anwärterinnen und Anwärtern vorstellen. In den Gesprächen wurden die VDR-Vertreter immer wieder nach Einstellungsperspektiven und Zukunftsaussichten gefragt. Es herrscht diesbezüglich große Verunsicherung. Es ist den zukünftigen Lehrkräften bekannt, dass sich an ihren ehemaligen Universitäten immer weniger Studierende für das Lehramt Realschulen plus einschreiben und sich stattdessen entweder für das Grundschul- oder Gymnasiallehramt entscheiden. Hinzu kommen sich verschlechternde Einstellungschancen sowohl bei den Realschulen plus als auch bei den Integrierten Gesamtschulen: Viele ehemalige Anwärterinnen und Anwärter berichten davon, dass sie keine Angebote in Rheinland-Pfalz erhalten haben oder nur in befristeten Angestelltenverhältnissen untergekommen sind. Die Landesregierung, so der Eindruck, werde ihrer Verantwortung für die in Rheinland-Pfalz ausgebildeten Lehrkräfte nicht mehr gerecht.



Lehrerverbänden und -gewerkschaften teilnahmen. Für den VDR-Bezirksverband Neustadt saß Michael Eich in der Podiumsrunde und stellte sich den Fragen der Anwärterinnen und Anwärter. Zuvor hatten alle Lehrervertreter die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Organisation sowie deren Ziele vorzustellen. Den Anwesenden war wichtig zu wissen, inwiefern sich die Verbände und Gewerkschaften in ihren Strukturen und Zielsetzungen voneinander unterscheiden. Der Wunsch nach klaren Positionierungen wurde geäußert. Dem kamen die VDR-Vertreter auf dem Podium und bei den anschließenden Gesprächen am VDR-Stand gerne mit ganz konkreten Festlegungen nach – u. a. bei den Themen Inklusion und Mehrarbeit sowie mit einem klaren Bekenntnis zum Beamtenstatus für Lehrkräfte.

Mit Selbstbewusstsein das Lehramt an Realschulen plus anstreben

Auch in Oberdiebach wurden Fragen zur Zukunft der Ausbildung gestellt und auch hier bezog der VDR eindeutig und ohne auszuweichen Stellung: Das Lehramt Realschulen plus ist unverzichtbar. Das während dieser Ausbildungsphase vermittelte Handlungs- und Praxiswissen stellt das erforderliche Rüstzeug dar, um erfolgreich unterrichten zu können. In den Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen plus fließt die Ausbildungsexpertise der



Podiumsdiskussion in Oberdiebach – Wunsch nach konkreten Positionen

In Oberdiebach moderierte der Seminarleiter Klaus Langer eine Podiumsdiskussion, an der Vertreter von drei



VDR: Gehen Sie gelassen und zuversichtlich in das Lehramt RS plus.

ehemaligen Hauptschul- und Realschulseminare zusammen. Die ungenutzt oder gar verloren gehen zu lassen, wäre kurzfristig und unverantwortlich. Darum war es dem VDR wichtig, in Ilbesheim wie in Oberdiebach ein klares Bekenntnis zum Lehramt Realschulen plus und zur Ausbildung in unseren Studienseminaren abzugeben. Die Anwärterinnen und Anwärter werden nach bestandem Abschluss stolz und selbstbewusst auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung zurückblicken können. Pessimistische Schwarzseherei ist unsere Sache nicht. Der VDR kämpft für bessere schulische Arbeitsbedingungen und dafür, dass die neu ausgebildeten Lehrkräfte auf Planstellen eingestellt werden. Und das geschieht auch nach wie vor. Der VDR hatte das Versorgungsdefizit im laufenden Schuljahr scharf kritisiert und eine Reaktion herausgefordert. Wir werden sehr genau hinschauen, ob das Versprechen des Ministeriums ein-

gehalten wird, die Realschulen plus im kommenden Schuljahr personell besser auszustatten.

Die VDR-Ansprechpartner vor Ort

Bengjamin Bajraktari
baraktari.bengjamin@vdr-rlp.de

Regina Bollinger
bollinger.regina@vdr-rlp.de

Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de

Peter Quint
quint.peter@vdr-rlp.de

Martin Radigk
radigk.martin@vdr-rlp.de

Saskia Tittgen
tittgen.saskia@vdr-rlp.de

Ulf Weber
weber.ulf@vdr-rlp.de



Fotos: VDR/Rd



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Peter Quint trat in seiner Referendariatszeit vor 7 Jahren dem VDR bei und engagiert sich von der erste Stunde an in der Verbandsarbeit. Seit fast zwei Jahren ist er stellvertretender Bezirksvorsitzender im Bezirk Trier. Ihm ist wichtig:

„Die Unterstützung von Nachwuchskräften im

Lehrerberuf liegt mir am Herzen. Ich wünsche mir, den jungen Kolleginnen und Kollegen reale Berufsaussichten aufzeigen zu können. Ich bin überzeugt, dass wir sie mit der dynamischen Weiterentwicklung des Verbandes in allen Tätigkeitsbereichen von der Bedeutung einer lebhaften und solidarischen Verbandsarbeit überzeugen können.“



Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de



DATENSCHUTZSEITE FÜR JUNGE LEUTE: YOUNG DATA

Wie schütze ich mich und meine Daten im Internet? Und wie funktioniert das alles überhaupt? Fragen wie diese werden für Kinder und Jugendliche heutzutage bereits sehr früh relevant. Doch viele von ihnen überschätzen ihre eigene Kompetenz, wenn es um die Themen Datenschutz und Internet geht und sind sich des Risikos nur selten bewusst.

Um solche Themen verständlich zu vermitteln und Jugendlichen mit konkreten Tipps weiterzuhelfen, wurde die Homepage www.youngdata.de eröffnet. Mit altersgerechten Texten, Bildern, Videos und Karikaturen können sich die Nutzer über „Klassiker“ wie Datenschutz, Facebook und Internet informieren. Gleichzeitig werden aber auch Fragen wie „Was ist Informationsfreiheit?“, „Wie lässt sich Cybermobbing vermeiden?“ oder „Was wissen Geheimdienste über mich?“ angesprochen und erörtert.

„Die Seite dient (...) dazu, die bestehenden Informationsdefizite bei der Internetnutzung zu beseitigen und damit den Selbstschutz insgesamt voranzubringen“, erklärte der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte Edgar Wagner.

wü/Quelle: www.youngdata.de
(Fundstelle: NL Staatskanzlei 131121)



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*

Nicole Weiß-Urbach ist seit vier Jahren als VDR-Schatzmeisterin für den Bezirk Koblenz tätig. An ihrer Schule, der Clemens-Brentano/Overberg Realschule plus, ist sie Mitglied des ÖPR und schätzt besonders die enge Zusammenarbeit mit den VDR-Stufenvertretungen. Zur anstehenden Weiterentwicklung des Verbandes sagt sie:

„Durch meine Arbeit im Personalrat weiß ich, wie wichtig es ist, dass sich nicht nur die Realschullehrkräfte, sondern auch die Hauptschul-, BBS- und Förderschullehrkräfte an ihrer Realschule plus durch den VDR vertreten fühlen.“

UMFRAGE: Überforderte Eltern

Rund 20 Prozent der Eltern minderjähriger Kinder fühlen sich einer Umfrage zufolge bei der Erziehung überfordert. Eine Studie der GfK Marktforschung Nürnberg belegt, dass zwar rund sechs von zehn Paaren der Ansicht sind, Kinder zu erziehen sei „heutzutage auch nicht schwerer, als es früher war“, gleichzeitig fühlen sich jedoch 21,3 Prozent der Eltern mit der Erziehung „häufig überfordert“. Auch gestehen sich rund 81 Prozent der Befragten ein, trotz eigener Vorstellungen immer mal wieder wie die eigenen Eltern zu reagieren.

Der Großteil der Bundesbürger hält zu große Selbstzweifel jedoch auch für hinderlich. Eltern sollten sich

bei der Erziehung ihres Nachwuchses mehr auf ihre eigene Intuition verlassen, statt ständig Ratschläge einzuholen. 2.067 Frauen und Männer ab 14 Jahren wurden für die repräsentative Umfrage befragt, 449 davon sind Eltern minderjähriger Kinder.

wü/Quelle: www.baby-und-familie.de/Erziehung/Sind-Eltern-heute-ueberfordert-329881.html

„ZWISCHENTÖNE“: Unterrichtsmaterialien für das globalisierte Klassenzimmer

Überall in Deutschland steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stetig an: Ein Grund, sich mit dem Thema „Gesellschaftliche Vielfalt“ auch im Unterricht zu beschäftigen. Zu diesem Zweck hat das Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung jetzt eine neue Webplattform eingerichtet. „Zwischentöne – Unterrichtsmaterialien für das globalisierte Klassenzimmer“ bietet eine Auswahl an Unterrichtsmaterialien zu Themen wie „Muslime, Islam, muslimische Gesellschaften“ und „Deutsche Geschichte, globale

Verflechtungen“ für Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen ab Klassenstufe 9. Ziel ist es, den Jugendlichen Perspektiven und Sichtweisen jenseits des Mainstreams zu eröffnen, zudem werden die Handlungs- und Urteilskompetenzen sowie der reflektierte Umgang mit verschiedenen Medien gefördert. Den Schülerinnen und Schülern soll auf diese Weise ein konstruktiver Umgang mit gesellschaftlichen Unterschieden vermittelt werden. Zu erreichen ist die Plattform unter www.zwischentoene.info.

wü

► PORTAL BIG KARRIERE

Interview zum Thema: „Von 5 auf 3 – wie schaffe ich es, meine Schulnoten im 2. Halbjahr zu verbessern?“

Auf welche Fächer sollte sich ein Schüler konzentrieren und wie viele sollte er sich zum Ziel setzen?

Natürgemäß wird sich ein Schüler auf die Fächer konzentrieren, die seine Versetzung gefährden könnten. Grundsätzlich sollte man die Ziele nicht zu hoch stecken, dann sind sie eher zu erreichen. Der Erfolg motiviert dann umso mehr.

Um wie viele Noten kann man sich in einem Schulfach verbessern?

Auch wenn es natürlich nach oben keine Grenzen gibt, ist eine Verbesserung um eine Notenstufe schon ein Erfolg. Da die Noten im Sommerzeugnis die Leistungen des gesamten Schuljahres bewerten, ist das im Titel genannte Ziel von 5 auf 3 schon sehr ehrgeizig. Es bedeutet nämlich, dass die Noten im zweiten Halbjahr durchschnittlich nahe der Eins liegen müssen.

Wer kann dabei helfen? Lehrer, Schüler, Eltern?

Helfen können alle Genannten: Lehrkräfte insbesondere durch Ermunterung und individuelle Förderung, Mitschüler durch gemeinsame Übungsphasen und Eltern, indem sie Interesse für den Stoff zeigen und sich vom Schüler die gefragten Themen einmal erklären lassen. Für den Erfolg muss aber vor allem der Schüler selbst Fleiß, Ausdauer und Zielstrebigkeit aufbringen.

Wie sinnvoll ist es, sich zusätzliche Aufgaben bei den Lehrern zu holen?

Wo es um das Einüben von Routinen geht, kann das sinnvoll sein. Ansonsten kann man die Lehrkräfte auch nach erfolgversprechenden Lernmethoden fragen.

Welche Alternativen gibt es zur klassischen Nachhilfe?

Da ist zunächst die konzentrierte Mitarbeit im Unterricht zu nennen. Was ich schon in der Stunde mitbekomme, brauche ich nicht bei der Nachhilfe nachzufragen. Hilfreich ist es auch, sich für die Klassenarbeit einen Spickzettel anzufertigen. Dadurch gelingt es, den Stoff auf das Wesentliche zusammenzufassen. Nicht vergessen, den Zettel vor der Klausur wegzwerfen, sonst droht die Sechs wegen eines Täuschungsversuchs! Wenn man den Stoff einem Mitschüler erklärt, schafft das Verständnis für das Thema. Außerdem verfestigt sich dabei das Wissen.

Wie kann ein Schüler es schaffen, sicher auf die bessere Note zu kommen, wenn er auf der Kippe steht?

Ein Patentrezept gibt es dafür leider nicht. Der „Nürnberger Trichter“ ist noch immer nicht erfunden. Ggf. muss man seine Ziele neu definieren. Häufig hilft ein Schulwechsel z. B.

vom Gymnasium zur Realschule, um wieder richtig Tritt zu fassen. Dadurch lässt sich manchmal sogar die Wiederholung einer Klasse vermeiden. Elterngespräche mit den Lehrkräften können hier Klärung bringen. Nach dem Realschulabschluss kann man dann immer noch entscheiden, ob man in eine Duale Ausbildung einsteigen oder z.B. über die Fachoberschule oder das berufliche Gymnasium die Hochschulreife erwerben will.

Das richtige Lernen fängt oft schon zu Hause an. Wie schaffe ich mir das optimale Lernumfeld?

Ruhe ohne Störungen im Zimmer und Platz auf dem Schreibtisch ohne ablenkende Gegenstände sind wichtige Voraussetzungen. Darüber hinaus sollte man seine optimale Lernzeit herausfinden, die individuell vom eigenen Biorhythmus abhängig ist. Kleine Pausen, frische Luft und Bewegung erhöhen die Konzentrationsfähigkeit.

Blackout und Prüfungsangst sind die Alpträume eines jeden Schülers, wenn er eine Arbeit schreibt. Wie kann man dem vorbeugen?

Eine gute Vorbereitung und die Beherrschung des Stoffes schaffen Selbstsicherheit. Wer nicht nur vor Prüfungen lernt, sondern kontinuierlich arbeitet, kommt ausgeruht und gelassen in die Schule. Ein bisschen Spannung vor Überprüfungen ist aber durchaus normal und kann sogar förderlich sein.

Das Interview führte Victoria Gütter (BIG KARRIERE) mit Wolfgang Häring (VDR)



Notenverbesserung – aber wie?

Foto: www.fotolia.de

► INTERVIEW, TEIL II • FORTSETZUNG VON RBIRP, AUSGABE 3/2013

Rechtschreibung – vom Niedergang einer Kulturtechnik

Dr. Peter Bung im Gespräch mit Josef Hulten und Michael Eich



Dr. Peter Bung: Herr Eich, hat Rechtschreibung heute im Leben der Menschen, vor allem im Alltag, noch eine Bedeutung und ist Rechtschreibung unverzichtbarer Teil einer „realen Bildung“, wie sie der VDR vertritt?

Michael Eich: Allen Relativierungsversuchen und Grabesreden zum Trotz spielt die Rechtschreibung im „realen Leben“ sehr wohl eine wesentliche Rolle. Wie sonst ist zu erklären, dass die Ausbildungsbetriebe, wie im Übrigen auch die Universitäten, Jahr für Jahr sehr öffentlichkeitswirksam die nachlassenden Basiskompetenzen vieler Schulabgänger

in Deutsch und Mathematik monieren? Und das ist das Tragische: Nach der Schule merken viele junge Menschen, dass die Rechtschreibung trotz aller Unkenrufe eben nicht völlig egal ist und es sehr wohl einen Unterschied macht, ob ich meine Bewerbung, meinen Praktikums- oder Ausbildungsbericht, meine Seminararbeit oder gar meine Abschlussarbeit gespickt mit Zeichensetzungs-, Orthografie- und Grammatikfehlern abgebe oder ob ich hier über gesicherte Fertigkeiten verfüge. Selbst mit den aktuell besten Rechtschreibkontrollprogrammen lassen sich sprachliche Defizite nicht kaschieren.

Mit „Realer Bildung“ wollen wir unsere Schülerinnen und Schüler auf die Erfordernisse des „realen Alltags“ vorbereiten. Wir haben sowohl die Ausbildungs- wie auch die Studierfähigkeit fest im Blick, insofern ist die Rechtschreibung natürlich ein unverzichtbarer Teil für „Reale Bildung“.

Dr. Peter Bung: Auch der Rat für deutsche Rechtschreibung, der maßgeblich an der Rechtschreibreform mitgewirkt hat, zeigt sich zunehmend besorgt über den Zustand der Rechtschreibung.

Er sieht im nachlässigen Umgang mit ihr eine Ursache dafür, dass „ungefähr zwanzig Prozent eines Jahrgangs der 15-Jährigen als Analphabeten gelten müssen“ (Pressemitteilung vom 29.11.2011). Der Rat fordert, „dass sich die Sicht auf die Rechtschreibung ändern muss“, der Ratsvorsitzende Hans Zehetmair verlangt eine stärkere Rolle der Rechtschreibung in Schule und Lehrerbildung, „Rechtschreibung ist kein Gegenstand, der in Diktaten erlernt wird, sondern gemeinsamer Anstrengung bedarf“.

Josef Hulten: Ich habe von 1971 bis 1974 an der EWH Koblenz studiert und war an der Erarbeitung des Studienplans Grundschulpädagogik beteiligt. Absolutes Einvernehmen herrschte damals, dass Seminare zur Lese- und Schreiberziehung zum Pflichtkanon zählen. Es muss einen gesellschaftlichen Grundkonsens bezüglich der Notwendigkeit einer korrekten Rechtschreibung geben, insbesondere im pädagogischen Bereich. Hier schließe ich bewusst alle Fachbereiche und die Geisteswissenschaften ein. Es sollte selbstverständlich sein, dass auch in allen Arbeiten Rechtschreibfehler ausgewiesen werden. Bei Fach-, Examens- und universitären Abschlussarbeiten sollten bei gravierenden Verstößen in der Orthografie und in der Zeichensetzung Arbeiten abgewertet und im Extremfall abgewiesen werden. Ich weiß um das Konfliktpotenzial und mögliche Widersprüche, die es zu dieser Haltung geben wird, es ist jedoch meine persönliche Meinung.

Es geht um die Teilhabe an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen

Michael Eich: Wir haben bereits darüber gesprochen, warum die Rechtschreibung nach wie vor wichtig ist. Stichworte waren Ausbildungs- und Studierfähigkeit – schlussendlich also der Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten, die notwendig sind, um an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Analphabeten sind hier außen vor.

Wer sorgfältig auf die sprachliche Korrektheit seiner Schreibprodukte achtet, von dem kann angenommen werden, dass er auch insgesamt sorgfältig arbeitet und sich kritisch und sprachbewusst mit seiner Umwelt auseinandersetzt. Ich halte eine solche Disposition gerade angesichts der (Des-)Informationsflut

des Internetzeitalters für unverzichtbar. Letztlich ist Sprachbewusstheit, die selbstverständlich auch die Anwendungsfähigkeit der Orthografie- und Grammatikregeln beinhaltet, schlichtweg Teil des Rüstzeugs eines selbstbestimmten Bürgers. Wer dagegen sprachlich verkümmert und faktisch Analphabet ist, wird meiner Ansicht nach auf Dauer nicht in der Lage sein, mit der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung mitzuhalten und sein Leben selbstbestimmt zu führen.

Ich teile also die Einschätzung, dass wir uns über die Bedeutung von Sprache im Allgemeinen und Rechtschreibung im Speziellen neu vergewissern müssen.

Dr. Peter Bung: In seinem Bericht „Wenn Freiheit überfordert“ konstatiert der ZEIT-Journalist Wolfgang Krischke: „Eine Studie über die Schreibfähigkeit von Grundschulern zeigt: Zu lockerer Unterricht schadet den Schwachen“. Ist das auch Ihre Erfahrung?

Josef Hulten: Gerne würde ich Herrn Krischke fragen wollen, auf welcher Basis er so pauschal urteilt. Gerade in der Grundschule wird sehr intensiv versucht, mit inneren und äußeren Differenzierungsmaßnahmen leistungsschwächeren Kindern zu helfen. Die neue Grundschulordnung legt sehr viel Wert auf die Dokumentation der individuellen Lernentwicklung z. B. mit Lerntagebuch, Beobachtungsbögen, Portfolio; bei Kindern mit Lernschwierigkeiten und Lernstörungen werden Förderpläne erarbeitet. Allerdings ist in offenen Phasen immer wieder zu beobachten, dass lernschwächere Schülerinnen und Schüler mit einem zu freien differenzierten Lernangebot überfordert und für sie strukturierte direkte Lernimpulse effektiver sind, was insbesondere bei der Heterogenität der Klassen und dem Ziel eines individuellen Lernens eine ständige Herausforderung darstellt, da leistungsstärkere Kinder mehr von einem Unterricht profitieren, der eine Selbstorganisation von Lernprozessen ermöglicht.

Um die Pauschalaussage vom lockeren Unterricht aufzugreifen, muss jedoch selbstkritisch hinterfragt werden, ob der teilweise verfemte lehrerzentrierte Unterricht nicht wieder einen gleichberechtigten Stellenwert zu den offenen Unterrichtsformen bekommen muss.

Michael Eich: Wir wissen ja inzwischen, dass guter Unterricht, und das gilt auch für den Rechtschreibunterricht, nicht davon abhängig ist, ob er offen oder lehrerzentriert organisiert wird. Hier kommt es – verkürzt – auf das Wechselspiel von Lerngruppe und Lehrer an. Wir wissen aber auch, dass sich gerade schwächere Schüler mit offenen Unterrichtsformen schwer tun; vor allem, wenn die Lehrkraft nicht durch das von ihr geplante Unterrichtsarrangement

eine „Struktur“ vorgibt, an der sich die Lernschwachen orientieren können.

Es darf nicht davon ausgegangen werden, dass in offenen Unterrichtsformen, die Schülerinnen und Schüler automatisch zu einer eigenen „Lern- und Arbeitsstruktur“ finden. Viele verfügen generell darüber nicht mehr. Lernstarke Schüler bringen diese „Lernstruktur“ (Wie erarbeite ich mir etwas? Wie gehe ich vor?) meist noch vom Elternhaus aus mit und sind damit auch bei der Reichen-Methode klar im Vorteil – bei ihnen ist es „egal“, wie der Unterricht organisiert ist, sie kommen mit. Kinder bildungsferner Eltern dagegen sind es nicht unbedingt gewohnt, konzentriert bei der Sache zu bleiben und sich ausdauernd mit einem Gegenstand zu befassen. Ihnen fehlt es an „Struktur“ und darum sind sie auch mit dem freien und unstrukturierten Zugang zu Sprache und Rechtschreibung völlig überfordert.

Dr. Peter Bung: Was wäre angesichts des Zustands oder eher Missstands in unseren rheinland-pfälzischen Schulen bezüglich der Rechtschreibung zu tun?

Michael Eich: Zunächst einmal ist eine vorbehaltlose wissenschaftliche Überprüfung erforderlich, ob der eingeschlagene Weg überhaupt der richtige ist. Meines Wissens wurde nie wissenschaftlich unabhängig evaluiert, ob die Reichen-Methode das hält, was sie verspricht. Sollte sich meine Befürchtung bestätigen, dass vor allem die Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern mit „Lesen durch Schreiben“ überfordert und damit benachteiligt sind, dann ist dieser Ansatz gescheitert.

Josef Hulten: Bei einem Vergleich der Lehrpläne der einzelnen Bundesländer fällt auf, dass unser Teilrahmenplan Deutsch sehr, sehr offen formuliert ist und bewusst auf Festlegungen für die einzelnen Klassenstufen sowie auf ein Abschlussprofil der Grundschule verzichtet hat.

Bisher fehlen im Teilrahmenplan seit 2005 immer noch Ausführungen zum zentralen Abschnitt 5 „Feststellen des Lernerfolges“. Sie sollen zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt werden. Generell wurden der einzelnen autonomen Schule sehr viele Freiheiten zugestanden. Ihr spezifisches Profil sollen sie in einem



schuleigenen Arbeitsplan konkretisieren. Ich weiß, dass viele sehr verantwortlich damit umgehen. Es birgt aber auch die Gefahr, dass der Konsens verloren geht. Ich halte es in einem novellierten Rahmenplan für notwendig, dass klare Aussagen zu Mindestanforderungen am Ende der einzelnen Jahrgangsstufe formuliert werden. Dabei sollten die Schulen aktiv an der Evaluation beteiligt werden. In den achtziger Jahren waren 120 Grundschulen einbezogen.

Sehr offen sollte das Ministerium eine Bestandsaufnahme über die Erfahrungen der Schulen mit der Reichen-Methode vornehmen und, falls notwendig, Konsequenzen ziehen und kurzfristig mit einer Handreichung zusätzliche Konkretisierungen geben.

Dr. Peter Bung: Was können Lehrerinnen und Lehrer unter den gegebenen Umständen (Curricula, Vorschriften etc.) überhaupt leisten?

Michael Eich: Wie in vielen anderen schulischen Bereichen, die aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung und fehlender bildungspolitischer Konzepte von Unsicherheit geprägt sind, muss jede einzelne Schule ein eigenes, verbindliches „Curriculum“ verabreden. Das „Üben“ und „Wiederholen“ muss dabei einen anderen Stellenwert erfahren. Die Fachkonferenzen

sind an dieser Stelle zu nennen, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen angesichts ihrer ohnehin schon

vielfältigen Belastungen nicht alles auffangen und kompensieren können, was in den letzten Jahren an Fehlentwicklungen im Bereich Schul- und Unterrichtsentwicklung stattgefunden hat. Am Beispiel des Umgangs mit der Lese- und Rechtschreibschwäche (LRS) lässt sich deutlich machen, dass die Landesregierung den Schulen zwar gerne neue Aufgaben überträgt, sie aber mit deren Bewältigung im Regen stehen lässt. Es gibt zwar eine Verwaltungsvorschrift, die den Schulen vorschreibt, Kinder mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche zu fördern, tragbare Konzepte oder gar Fortbildungsangebote gibt es dazu in Rheinland-Pfalz nicht.

Dr. Peter Bung: Herr Hulten, neben den Mängeln in der Rechtschreibung beklagen die Lehrkräfte vor allem, dass handschriftliche Texte kaum noch lesbar sind. Haben Sie eine Erklärung dafür? Wird in den Grundschulen weniger Wert auf Übung beim Erlernen der Schreibschrift gelegt als früher?

Josef Hulten: In der Schulordnung von 2008 werden keine Aussagen zur Handschrift formuliert, auch fehlt die Schrift in der detaillierten Aufzählung der Fächer und Lernbereiche der Grundschule (Anlage 1,

S. 44) sowie im Jahreszeugnis 1. Klassenstufe und im Abgangszeugnis. Erst ab dem Jahreszeugnis 2. Klasse erhält die Schrift, nach dem Hinweis auf das Sprachenportfolio in der integrierten Fremdsprachenarbeit, einen Block, wo die Lehrkraft verbal die erreichte Kompetenz ausformulieren kann.

Im Orientierungsrahmen des Teilrahmenplans Deutsch wird im Bereich Schreiben als Kompetenz „über Schreibfertigkeiten verfügen“ folgende Konkretisierungen genannt: - eine gut lesbare Handschrift flüssig schreiben, - Texte zweckmäßig und übersichtlich gestalten, - den PC zum Schreiben und zur Textgestaltung verwenden ... (vgl. Teilrahmenplan S. 26).

Bewusst habe ich diese ministeriellen Aussagen vorangestellt, da auch im Schriftbereich früher die Vorgaben akzentuierter waren und die Kinder durch die Benotung der Schrift in Diktaten und Aufsätzen individuelle Rückmeldungen zu ihrer Schriftentwicklung bekamen und der Ausweis einer Ziffernnote im Zeugnis selbstverständlich war. Tatsache ist, dass die Handschrift durch die Inflation von Arbeitsblättern insbesondere in den 3. und 4. Klassen heute weniger geübt und gefestigt wird.

Immer mehr Schulen haben sich für die Vereinfachte Ausgangsschrift oder die Schulausgangsschrift als Schreibschrift entschieden, da viele Kinder zunehmend feinmotorische Probleme mitbringen. Mein ehemaliges Kollegium sprach sich vor vier Jahren in einer Fachkonferenz einvernehmlich für die Schulausgangsschrift aus, da sie für die Kinder einfacher zu schreiben ist, die Großbuchstaben stark vereinfacht sind und die Kleinbuchstaben zumeist der Lateinischen Schrift entsprechen. Ich selbst war gegen die Einführung, doch eine konsequente Schreiberziehung und Schriftpflege haben mich vom Gegenteil überzeugt. Daher halte ich eine Generalisierung für unzulässig, sehe jedoch die Notwendigkeit, dass eine konsequente Schriftpflege und eine vorbildliche Lehrerschrift auch in Zukunft zum Selbstverständnis von Schule gehören sollten.

Dr. Peter Bung: Herr Hulten, während das Ziel der Grundschulen aus Sicht der Weiterführenden Schulen vor allem die Beherrschung der Muttersprache, die Vermittlung der Kulturtechniken und der Grundrechenarten sein sollte, müssen Grundschüler sich heute auch mit propädeutischem Fremdsprachenunterricht beschäftigen. Welche Einstellung haben Sie dazu?

Josef Hulten: Ich würde mir wünschen, dass die Fremdsprachenarbeit in der Grundschule erst ab der zweiten Klasse beginnt (vgl. Baden- Württemberg) und in der ersten Klasse wieder stärker das Erlernen der Kulturtechniken in den Fokus kommt.

Es gibt keine tragbaren Konzepte oder Fortbildungsangebote zur LRS-Förderung

Die zweijährige Ausbildungsphase für die Unterrichtserlaubnis „Integrierte Fremdsprachenarbeit“ war sehr anspruchsvoll und hat zu einer grundlegenden Verbesserung in der didaktisch-methodischen Umsetzung beigetragen. Zunehmend kommen auch junge Kolleginnen und Kollegen, die Englisch oder Französisch als zweites Fach studiert haben, zum Einsatz. Dennoch stellt die Fremdsprachenarbeit weiterhin eine Herausforderung dar, da diese Stundenanteile, auch wenn sie integriert unterrichtet werden sollen, für die Vermittlung der Kulturtechniken fehlen, andererseits insbesondere die begabten Kinder mit viel Freude, Motivation und Neugier offen sind für dieses Lernangebot.

Dr. Peter Bung: Für Wolfgang Klafki, den Altmeister der Allgemeinen Didaktik waren Gegenwartsbedeutung und Zukunftsbedeutung von Unterrichtsinhalten zwei entscheidende Kriterien bei deren Auswahl (Klafki, W: Didaktische Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung, in: Roth, H./Blumenthal, A.: Didaktische Analyse, Hannover 1964). Auch wenn die Rechtschreibung gegenwärtig (noch) relevant ist, solange geschriebene Sprache in Büchern, Zeitungen, Verträgen, Gebrauchsanweisungen oder bei Prüfungen eine Rolle spielt, stellt sich die Frage der weiteren Entwicklung. Wie sieht es in Zukunft aus? Müssen wir Lehrer angesichts der Rechtschreibprogramme unserer Computer oder der ständig verbesserten Spracherkennung von Smartphones, die gesprochene Sprache in Texte konvertieren, weiter so viel Zeit und Energie auf das korrekte Schreiben verwenden? Falsche Schreibweise ist in den meisten Fällen nicht kommunikationsrelevant, Leser verstehen trotz der Rechtschreibfehler was gemeint ist. Müssen wir z. B. weiterhin penibel auf der verflixten Unterscheidung von „das“ (Relativpronomen) und „dass“ (Konjunktion) bestehen? Sprecher der englischen Sprache benutzen „that“ sowohl als Pronomen als auch als Konjunktion, ohne dass es zu Missverständnissen in der Kommunikation kommt.

Josef Hulten: Ich plädiere weiterhin für eine grundlegende Rechtschreiberziehung von der Grundschule beginnend über schulische und universitäre Abschlüsse bis ins alltägliche Leben hinein. Die Rechtschreibprogramme der Computer sind hilfreich, insbesondere bei Schreibfehlern und Flüchtigkeitsfehlern, bei grammatikalischen Fehlern versagen sie häufig. Daher sind grundlegende Rechtschreibkenntnisse für mich weiterhin unabdingbar, denn wir sind hoffentlich noch der Bildungstradition Humboldts verpflichtet.

Michael Eich: Ich habe ja bereits erläutert, dass die

Bedeutung der Rechtschreiberziehung unterschätzt wird, gerade was die Stärkung der Sprachbewusstheit anbelangt. Es gibt ja jetzt schon Beispiele für Sprachverarmung, die alarmieren müssen – wenn Freunde bspw. fast ausschließlich per SMS oder über WhatsApp korrespondieren. Ich bin aber zuversichtlich, dass das Extrembeispiele bleiben werden – ich sehe jeden Tag daheim, dass unsere Töchter ganz selbstverständlich mit Büchern, CD-Player und Tablet groß werden.

Dr. Peter Bung: Herr Eich, läuft der VDR mit seiner Forderung nach Stärkung der Rechtschreibung nicht Gefahr, als rückwärtsgewandte Organisation wahrgenommen zu werden?

Michael Eich: Ich bin der Auffassung, dass erfolgreiche Schulentwicklung immer das Lot zwischen Bewahren und Erneuern auspendeln muss. Stures Festhalten an überkommenen Methoden und Inhalten ist schädlich. Genauso schädlich ist, wenn Bewährtes geschliffen wird, aber das vermeintlich Neue zu keiner nachweisbaren Verbesserung führt.

Das Attribut „rückwärtsgewandt“ wird gerne von denjenigen „verliehen“, denen es nicht gelingt, ihren Kritikern in der Sache beizukommen. Es ist schließlich einfacher, die Kritiker zu desavouieren als deren Kritik zu widerlegen, vor allem, wenn sie sachlich begründet ist. Nein, wir denken nach vorne! Wir wollen unsere Schulen qualitativ auf dem aktuellen Stand der Forschung weiterentwickeln und richten unser Augenmerk ohne ideologische Scheuklappen darauf, was unsere Schüler für eine erfolgreiche Zukunft benötigen, und dazu gehört eben auch die sichere Rechtschreibung.

Dr. Peter Bung: Herr Eich, Herr Hulten, vielen Dank für das Gespräch.



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Christoph Braun ist seit über 10 Jahren VDR-Mitglied und VDR-Delegierter der IGS-Hermeskeil (ehemals Erich Kästner Realschule Hermeskeil).

Kernanliegen für ihn ist, dass sich auch alle Kolleginnen und Kollegen an der IGS, unabhängig vom Lehramt, vom VDR vertreten fühlen. „Der VDR muss den Weg vom Realschullehrerverband zum Verband Reale Bildung weiter beschreiten.“



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*

Hans Thielen war über 40 Jahre im Schuldienst: Volksschullehrer, Realschullehrer und Realschuldirektor waren seine beruflichen Stationen. Im VDR hat er 28 Jahre lang in herausgehobenen Funktionen gewirkt, u.a. als Bezirksvorsitzender, Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender. Als Ehrenvorsitzender dient er bis heute als wertvoller Ratgeber und Sachverständiger, insbesondere in Fragen des Beamtenrechts. Unser Ehrenvorsitzender steht für den Blick nach vorne: „Reale Bildung“ ist für ihn Kern der individuellen Bildungsgerechtigkeit:

„Die Politik hat entschieden: Die Schulstrukturen müssen sich ändern! Die Hauptschulen wurden aufgelöst und gingen in der Realschule plus auf. Ein Schritt, der den veränderten Lebensbedingungen im familiären, sozialen und arbeitsbezogenen Bereich entspricht, neue Wertmaßstäbe setzt und individuellen Fähigkeiten sowie Chancen den Weg freimacht.

Eine Herausforderung für die Lehrerschaft dieser Schulform, aber eine notwendige Qualifizierung ihres Lehrauftrags in einer sich ändernden Gesellschaft, der die Lehrkräfte aufgrund ihrer Verantwortung bedingungslos zustimmen sollten.

Schule ist kein stagnierender Selbstzweck, sondern ein gesellschaftlicher Auftrag. Sie vermittelt durch eine Reale Bildung in der neuen Schulform der Sekundarstufe I Grundlagen für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und schafft Voraussetzungen für die Akzeptanz vieler unterschiedlicher Lerninhalte mit dem Ziel eines breit gefächerten Potenzials für berufliche oder studienbezogene Entscheidungen.

Auch schulpolitische Entscheidungen sollten grundsätzlich durch das Raster einer Realen Bildung gehen. Was und wie kann an den neuen Schulen von Lehrkräften, kooperativ bereiten Eltern, beruflich Interessierten, Schulämtern und -verwaltungen selbstverantwortlich entschieden und durchgeführt werden? Das Bildungsministerium muss diesem Bereich größere Entscheidungskompetenzen zugestehen, auch ohne gesetzliche Grundlagen zu tangieren.

Für die Lehrerschaft der Realschule plus ist es eine berufliche Selbstverständlichkeit, Reale Bildung zu vermitteln. Allerdings entspricht der klassische Lehrkanon nicht mehr allein dem Bildungsbedarf. Diese Lehrerschaft stellt sich daher, ihrem Auftrag folgend, den Herausforderungen einer neuen Zeit und individueller Erwartungen. Ihr Credo: Schule „Ja“, aber Schule mit den Chancen des 21. Jahrhunderts.“



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*



Jutta Okfen ist seit ihrer Ausbildungszeit im VDR Mitglied und unterstützt den Verband durch Fortbildungsangebote zur Erlebnispädagogik und Beratungstätigkeit. Seit dieser Wahlperiode ist sie regionale Ansprechpartnerin für die Integrierten Gesamtschulen im Bezirk Trier und engagiert sich im HPR.

Marlies Kahn, die sich im ÖPR und BPR für die Interessen der an Integrierten Gesamtschulen tätigen Kolleginnen und Kollegen einbringt, unterstützt gemeinsam mit Frau Okfen die Weiterentwicklung des VDR bezüglich der stetigen Veränderungen im Schulalltag.

Beide begrüßen, dass der Verband die Realschullehrerinnen und Realschullehrer dort vertritt, wo sie wichtige Arbeit im Rahmen der realen Bildung leisten. „Wir sind davon überzeugt, dass eine Senkung der Klassenmesszahl in IGS und RSplus einen unabdingbaren Beitrag auf dem Weg zur Umsetzung der Prinzipien der Inklusion darstellt. Hier müssen die nötigen Lehrkräfte und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit allen Beteiligten eine Teilhabe an der realen Bildung ermöglicht wird.“



► MUSEUMSFÜHRUNG

VDR-Seniorinnen und Senioren besuchten das Museum für Antike Schifffahrt in Mainz

Vorbereitet von dem VDR-Seniorenbetreuer Region Mainz Horst Jurczyk und dem ehemaligen Bezirksvorsitzenden, Erwin Steilen, trafen sich am Dienstag, dem 3. Dezember 2013, dreizehn VDR-Seniorinnen und -Senioren am Nachmittag zu einem Besuch des Mainzer Schifffahrtsmuseums mit anschließender gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen im nahe gelegenen IBIS-Hotel. Die etwa einstündige Führung durch das Schifffahrtsmuseum, mit vielen Erklärungen und Hinweisen zur Römerzeit, fanden alle Teilnehmer sehr informativ.

Insbesondere aber war die Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen im gegenüber gelegenen IBIS-Hotel nach der Führung durch das Mainzer Schifffahrtsmuseum eine willkommene Gelegenheit, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Wolfgang Häring berichtete aus der Arbeit des Landesvorstandes. Er legte im Zusammenhang mit der aktuellen schulpolitischen Situation Wert darauf, den Begriff der „Realen Bildung“ als Kern unseres Verbandsselbstverständnisses herauszustellen und die Auswirkungen auf die Zukunft unseres Lehrerverbandes zu erläutern.

In einer etwa eineinhalb Stunden dauernden Gesprächsrunde konnten in gemütlicher Atmosphäre Erinnerungen ausgetauscht, aber auch zahlreiche Fragen der VDR-Seniorinnen und VDR-Senioren zur regionalen Schulstruktur und den Besonderheiten der Realschule plus beantwortet werden.

Zustimmung für Verbandsziele

Am Ende der Gesprächsrunde gab es ein eindeutiges Ergebnis: Alle anwesenden VDR-Seniorinnen und -Senioren stimmten den vorgestellten Verbandszielen für die kommende Zeit zu.

Will man die Attraktivität unseres Verbandes auch für die junge Generation der Lehrkräfte erhalten, so ist die Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen der Schullandschaft unverzichtbar. Mit dem Dank an die Organisatoren endete die von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gelobte Veranstaltung gegen 18.00 Uhr.



Erwin Steilen
steilen.erwin@vdr-rlp.de



Wir stärken die Reale Bildung - gemeinsam!

Stephanie Wagner ist VDR-Mitglied und für den ÖPR an der Realschule plus Kandel aktiv. Sie begrüßt die Neuausrichtung des VDR hin zur realen Bildung unter anderem als notwendige Reaktion auf den von der Wirtschaft beklagten Fachkräftemangel.

„Wir müssen die reale Bildung stärken, um in die Köpfe der Menschen die Botschaft zu tragen, dass nicht nur die humanistische Bildung von

Bedeutung ist. Wir sind keine einseitigen Vorbereiter für den Übertritt in die gymnasiale Oberstufe, wir sorgen vielmehr für vielfältige Abschlüsse und hohe Durchlässigkeit. Gelingt es uns nicht, die Qualität der Mittleren Reife und der Berufsreife zu profilieren, können wir in einigen Jahren qualifizierte Handwerker drei Jahre im Voraus buchen. Gemeinsam mit dem VDR engagiere ich mich deshalb für die Wertschätzung der realen Bildung.“

► BERICHT ÜBER DIE BEZIRKSVERSAMMLUNGEN IM NOVEMBER 2013

„Wir stärken die Reale Bildung



Turnusmäßig fanden im November 2013 die Bezirksversammlungen in Mutterstadt (Bezirk Neustadt), in Waldesch (Bezirk Koblenz) und in Mertesdorf (Bezirk Trier) statt. Im Bezirk Koblenz wurde zudem noch ein neuer Vorstand gewählt (siehe Wahlergebnisse auf Seite 33).

Die drei Bezirksvorsitzenden Michael Eich, Timo Lichtenthäler und Erwin Schneider dankten den anwesenden Mitgliedern besonders für die guten VDR-Ergebnisse sowohl bei der Wahl für den Bezirkspersonalrat als auch für den Hauptpersonalrat. Diese Ergebnisse seien auch deshalb zustande gekommen, weil gerade die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter und viele Kolleginnen und Kollegen aus den ehemaligen Hauptschulen sich mit den Zielen und den Aktionen des VDR identifizieren können.

Perspektivisch gesehen, so der an allen drei Versammlungen anwesende Landesvorsitzende Bernd Karst, sollte sich daher der Verband noch mehr öffnen und mit Blick auf die Stärkung der Realen Bil-

dung weiterentwickeln. Der VDR hat schon bisher keine Vermeidungsziele formuliert, sondern seine Arbeit immer darin gesehen, nach vorne zu denken und alle Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, die sich mittlerweile in Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen für Reale Bildung einsetzen. Dabei gilt es, den Begriff „Reale Bildung“ behutsam zu erweitern, ohne Bisheriges, Bewährtes zu verlieren.

Diese Herausforderung nahmen die Anwesenden an und arbeiteten jene Themen heraus, die ihnen für Reale Bildung unverzichtbar erscheinen. Bei der Präsentation aller Ergebnisse gab es an allen drei Standorten große Übereinstimmung in folgenden Punkten:



- gemeinsam!“

- Reale Bildung steht für die Lebensnähe der Unterrichtsgegenstände und der Unterrichtsmethoden und für die Berufsorientierung insbesondere in den Wahlpflichtfächern.
- Reale Bildung steht für Fachkompetenz, Leistungsorientierung und Unterrichtsqualität. Mit fundiertem Wissen können Schülerinnen und Schüler wichtige Qualifikationen im Hinblick auf Ausbildung oder Studium erlangen.
- Reale Bildung vermittelt soziale Kompetenzen, fördert soziale Intelligenz und unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung.
- Reale Bildung ermöglicht vielfältige Wege zu vielfältigen Abschlüssen.
- Reale Bildung befähigt junge Menschen, in der Welt von morgen verantwortungsvoll mitzuwirken.
- Reale Bildung fördert die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft.

Timo Lichtenhäler, Regina Sersch



Wiederwahl des gesamten Bezirksvorstandes Koblenz

Die Bezirksversammlung, die am 12.11.2013 in Koblenz-Waldesch stattfand, hatte neben dem Austausch über die Weiterentwicklung des Verbandes auch die Neuwahlen des Bezirksvorstandes auf der Tagesordnung.

Erfreulich ist, dass die anwesenden Wahlberechtigten dem gesamten amtierenden Vorstand auch für die kommenden vier Jahre bis 2017 ihr Vertrauen schenken und somit alle Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden.



Timo Lichtenhäler
Bezirksvorsitzender
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de



Heinz-Jörg Dähler
1. Stv. Bezirksvorsitzender
daehler.heinz-joerg@vdr-rlp.de



Marion Bellinger
2. Stv. Bezirksvorsitzende
bellinger.marion@vdr-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
Bezirksschatzmeisterin
weiss-urbach.nicole@vdr-rlp.de



Gerhard Hein
Bezirksschriftführer
hein.gerhard@vdr-rlp.de

In seiner konstituierenden Sitzung wurden nachfolgende Kolleginnen und Kollegen in den erweiterten Bezirksvorstand berufen:

Margit Lenarz, Wilfried Rausch, Benjamin Bajraktari, Jennifer Binzenbach, Sabrina Beuler, Saskia Tittgen und Eva Wilhelmus.

Das gesamte Team bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Timo Lichtenhäler



► TRIER:

Im Sommer nach Maastricht ...



Im Bezirk Trier ist es bereits Tradition, dass sich der Bezirksvorstand mit den Pensionären und in der Passivphase der Altersteilzeit freigestellten Kolleginnen und Kollegen zu einer vorweihnachtlichen Kaffeerunde in Mertesdorf trifft. So auch im letzten Dezember.

Wie immer in großer Zahl folgten die Ruheständler der Einladung. Die Unterhaltung war angeregt und teilweise recht lautstark. Es gab ja viel sich gegenseitig zu berichten.

Katharina Becker, Erwin Schneider und Peter Quint vom Bezirksvorstand informierten über Neues aus der Verbandsarbeit. Die Absicht der Verbandsspitze, den VDR mit Blick auf die veränderten Bedingungen in Schule und Gesellschaft auf eine breitere Grundlage zu stellen, was heißt, dass eine Weiterentwicklung unumgänglich und sinnvoll erscheint, wurde rege und kontrovers diskutiert.

Auf einstimmigen Wunsch der Anwesenden soll auch im Juni 2014 eine Tagesfahrt stattfinden, und zwar – auf Vorschlag von Paul Schwab – nach Maastricht.

Am Schluss gab es für alle noch ein kleines weihnachtliches Präsent in der VDR-Tasse und die Heimreise konnte angetreten werden.

Birgitt Maczuck, Gerhard Klein



*Wir stärken die
Reale Bildung – gemeinsam!*

Bengjamin Bajraktari ist seit 4 Jahren VDR-Mitglied und engagiert sich im erweiterten Bezirksvorstand Koblenz für die Interessen der Verbandsmitglieder. Seit den letzten Personalratswahlen vertritt er im Bezirkspersonalrat die Belange der Lehrkräfte an Realschulen plus. Er setzt sich besonders für die in den Beruf startenden Lehrkräfte ein und fordert vom Land eine bessere Versorgung mit Planstellen für alle Lehrkräfte: Sie sollen beruflich und privat sicher planen können. Zur Weiterentwicklung des Verbandes meint er:

„Wir müssen als Verband die Interessen unserer Lehrkräfte im Blick haben und diese verlangen nach einer gemeinsamen Ausrichtung. Das bedeutet eine Öffnung hin zu den Lehrkräften in anderen Laufbahnen, um gemeinsam den Weg der Realen Bildung erfolgreich gestalten zu können.“

Arbeitstagung des Bezirksvorstandes Trier in Morbach

Pünktlich zum Jahresbeginn bereitete sich der Vorstand des Bezirksverbandes Trier in Morbach im Rahmen einer Arbeitstagung auf die anstehenden Aufgaben in den kommenden Wochen vor.

Zentrale Punkte bilden zum einen die Personalräteschulung am 19. Februar in Mertesdorf und die drei Regionalkonferenzen in Mertesdorf, Birkenfeld und Daun zur „realen Bildung“ in Schweich, Daun und Birkenfeld. Des Weiteren begann man mit den Planungen zur Landeshauptvorstandssitzung 2014, welche traditionell in der letzten Woche der Sommerferien stattfinden wird. Der Bezirk Trier ist in diesem Jahr Gastgeber, als Tagungsort wurde Morbach ausgewählt.

Peter Quint





Bezirk Neustadt

- 81. Geburtstag**
Hermann Bierbaum 7. März
- 81. Geburtstag**
Berthold Hauck 23. Januar
Norbert Freiermuth 25. Januar
Joachim Giesbert 24. März
- 81. Geburtstag**
Rainer Jung 17. Februar
- 81. Geburtstag**
Gerhard Sattel 15. Februar
Kunibert Stanko 26. März
- 81. Geburtstag**
Rudolf Klöckner 8. Januar
Arno Wolff 13. März
- 81. Geburtstag**
Bernd Werdich 26. Januar
Frank Peter Mutzbauer 27. Januar
Nordfrid Schiller 12. Februar
Werner Lugenbühl 21. Februar
- 81. Geburtstag**
Georg Stenner 18. Januar
Hermann Josef Settelmeyer 10. März
- 81. Geburtstag**
Reinhard Kermann 22. Februar
- 81. Geburtstag**
Klaus-Jürgen Pohlitz 3. Februar
Axel Hübler 16. Februar
Edeltraut Bäuerlein 21. März
- 81. Geburtstag**
Heidmarie Stappert 8. Februar
- 81. Geburtstag**
Gudrun Lorenz 20. 01
Karl-Heinz Hebllich 2. Februar
Wulf Frick 11. Februar
Bernd Holler 16. Februar
Ursula Fischer 17. März
- 81. Geburtstag**
Hartmut Petrus 21. Januar
Brigitte Herbert 22. Januar
Heinz Mahlerwein 5. Februar
- 81. Geburtstag**
Dr. Dietmar Gottlieb 13. März

Bezirk Koblenz

- 88. Geburtstag**
Maria Krupp 7. März
- 84. Geburtstag**
Gabriele Rodenstock 19. März
- 82. Geburtstag**
Charlotte Hüsich-Ripplinger 2. März
- 81. Geburtstag**
Karl-Heinz Scholl 10. März
- 76. Geburtstag**
Dieter Seidenberg 12. Januar
Wilfried Kälicke 14. März
- 75. Geburtstag**
Ernst Pobloth 31. März
- 74. Geburtstag**
Erika Christ 11. Januar
Ludwig Chmela 3. März
Hans Bergmann 18. März
Helmut Kollig 28. März
- 73. Geburtstag**
Evelyn Czybulka 10. März
- 70. Geburtstag**
Gerwig Adam 13. Februar
Ursula Giesen 24. Februar
Dieter Zorbach 28. Februar
Klaus Ginter 26. März

Bezirk Trier

- 81. Geburtstag**
Josef Hilgers 19. März
- 76. Geburtstag**
Horst F. Catrein 10. März
- 75. Geburtstag**
Walter Philippi 13. Januar
Friedrich Tesch 3. März
- 74. Geburtstag**
Ingrid Praus 17. Januar
- 73. Geburtstag**
Klaus Nober 12. Januar
Herbert Pies 1. März
- 72. Geburtstag**
Ruprecht Matuschek 24. Februar
- 71. Geburtstag**
Jürgen Mayer 20. Januar

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

► **GEORG STENNER: GLÜCKWUNSCH ZUM 75. GEBURTSTAG!**

Weiterentwicklung ist notwendig und bringt neue Chancen



Georg Stenner feierte im Januar seinen 75. Geburtstag. Das nahm „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ zum Anlass, mit ihm schul-, bildungs- und verbandspolitische Perspektiven zu erörtern. Georg Stenner war vom 1. Februar 1980 bis zum 31. Juli 2003 Realschulreferent im Bildungsministerium. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit war er zugleich stellvertretender Abteilungsleiter und – vielleicht weniger bekannt – auch für Schulentwicklungsplanung zuständig. Vor seinem Wechsel ins Ministerium engagierte er sich in verschiedenen Funktionen für den VDR: So war er von 1972 bis 1978 stellvertretender Landesvorsitzender sowie von 1974 bis 1980 Vorsitzender des Hauptpersonalrats und Bildungshauptreferent im Bundesvorstand des Realschullehrerverbands.

RBiRP: Herr Stenner, sehen Sie Gründe für eine Weiterentwicklung des Verbandes nach der Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule zur Realschule plus?

Stenner: Ja, und zwar vor allem deswegen, weil sich der Verband Deutscher Realschullehrer in Rheinland-Pfalz nicht nur als Interessenvertreter seiner Mitglieder versteht, sondern auch die zeitgemäße inhaltliche Ausgestaltung der von ihm vertretenen

Schulart im Blick hat.

Da Schule in die Gesellschaft eingebettet ist, muss sie auf Veränderungen in unserer Wirklichkeit reagieren. Sie muss neue Aufgaben annehmen und sich verändern! Damit steht die Schule allerdings zugleich in einem Zielkonflikt. Denn Erziehung und Bildung sind auf Kontinuität angelegt, wenn sie bei Kindern und Jugendlichen erfolgreich sein sollen. Deshalb müssen Veränderungen mit

Augenmaß erfolgen, indem Bewährtes erhalten und zugleich notwendige Weiterentwicklung geleistet wird. Dass für die in Rheinland-Pfalz eingeführte Realschule plus der Name Realschule als wesentlicher Bestandteil erhalten geblieben ist, macht deutlich, dass Möglichkeiten der Kontinuität gewünscht sind. Selbstverständlich stellen sich aber auch neue Herausforderungen.

So ist in dieser neuen Realschule, die nun grundsätzlich zu zwei Abschlüssen der Sekundarstufe I führt, von den Prinzipien der Adaptivität und der Selektivität, die der Pädagoge Alfons Otto Schorb 1979 beim Bad Kreuznacher Realschulkongress der alten Realschule zugeordnet hatte, das Prinzip der Adaptivität für die pädagogische Arbeit wesentlich bedeutsamer geworden! Die neue Schulart muss nämlich der erweiterten Bandbreite von Begabung und Leistungsfähigkeit ihrer Schülerschaft gerecht werden, indem sie den Unterricht stärker individualisiert, als dies in der alten Realschule erforderlich war. Denn auch dies ist meines Erachtens Bestandteil einer „realen Bildung“, die der VDR in Rheinland-Pfalz im Namen seiner Zeitschrift verankert hat und somit gewissermaßen als Zielsetzung apostrophiert.

RBiRP: Sehen Sie konkrete Möglichkeiten der Kontinuität im Sinne einer „realen Bildung“, die es weiter zu verfolgen gilt?

Stenner: Ohne Zweifel bei Differenzierung und Durchlässigkeit! So bietet die schulgesetzliche Regelung zur Realschule plus ab Klassenstufe 7 nicht nur die Möglichkeit einer Fachleistungsdifferenzierung, sondern mit Blick auf die vermittelten Abschlüsse ausdrücklich auch die Bildung abschlussbezogener Klassen! Gleichzeitig eröffnet die Realschule plus verbesserte Möglichkeiten horizontaler Durchlässigkeit zwischen dem Bildungsgang zur Berufsreife und dem zum qualifizierten Sekundarabschluss I. Dass auch die vertikale Durchlässigkeit, die wie die horizontale seit jeher ein Markenzeichen der Realschule darstellt und meines Erachtens ebenfalls Bestandteil einer „realen Bildung“ ist, durch die Einführung einer Fachoberschule im System der Realschule plus gestärkt wird, versteht sich von selbst.

Voraussetzung für diese Entwicklung war nach meiner Einschätzung die besondere Beachtung von Realien und Praxis, die für die Realschule kennzeichnend war und ist. Ich erinnere beispielhaft an die „Mathematische und Mechanische Realschule“ (1705 und



Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!

Melanie Hinrichs unterrichtet an der Realschule plus in Weilerbach. Sie ist dem VDR beigetreten, weil sie hier ihre Interessen als Hauptschullehrerin kompetent vertreten sieht.

„Die anvisierte Namensänderung finde ich gut. Dadurch werden Hürden abgebaut, und es wird klarer, wofür der Verband steht.“

Die Statements „Wir stärken die Reale Bildung – gemeinsam!“ wurden von Wolfgang Häring, Wilfried Rausch, Erwin Schneider, Erwin Steilen und Wolfgang Wünschel redaktionell betreut. Fotos: Karin Berneburg, Jessica Reiter, Wolfgang Wünschel

1738) des Hallenser Pastors Christoph Semler, an die „Trivialschule“ (Mitte des 17. Jahrhunderts) des Johann Raue, in der sogar Kurzschrift unterrichtet wurde oder an die „Ökonomisch-Mathematische Realschule“ (1745) des Theologen Johann Julius Hecker in Berlin, die ein System differenzierter Stoffverteilung nach Berufswunsch der Schülerinnen und Schüler kannte, wie sie die Wahlpflichtdifferenzierung der alten und neuen Realschule aufgreift.

Neigungsdifferenzierung durch Wahl- und Wahlpflichtfächer mit berufsfeldbezogenen Schwerpunkten und Inhalten leistet auch einen Beitrag zur Individualisierung des Lernens, denn sie hilft, unterschiedlichen Begabungen und Neigungen besser zu entsprechen und auf die Berufswahl vorzubereiten. Diesbezüglich war die alte rheinland-pfälzische Realschule im Ländervergleich immer Vorreiter, und die Realschule plus sollte es im Interesse einer „realen Bildung“ und damit ihrer Schülerschaft auch bleiben. Die Individualisierung der Lernens muss aber – wie schon angesprochen – im Unterricht der Realschule plus generell verstärkt und verbessert werden, und zwar nicht nur durch äußere, sondern auch durch innere Differenzierung. Darauf muss die Lehrerbildung – ohne allerdings die bewährte fachwissenschaftliche Ausbildung zu vernachlässigen – besser vorbereiten, und die Lehrerfortbildung muss dies mit Blick auf die gegenwärtige Lehrerschaft unterstützen.

RBiRP: Regt die Einführung der Realschule plus zur verstärkten Zusammenarbeit mit den Schulformen der berufsbildenden Schule an?

Stenner: Die Einbeziehung von Realien und Praxis im Sinne einer „realen Bildung“ insbesondere im Wahlpflichtbereich und Wahlbereich der Realschule hat mitgeholfen, das Nebeneinander von allgemeiner und beruflicher Bildung aufzuheben. Auf dieser

Grundlage konnte es gelingen, die Fachoberschule mit dem Bildungsangebot der Realschule plus eng zu verbinden. Realschule und berufsbildendes Schulwesen sind sich damit näher gekommen.

Im rheinland-pfälzischen Schulwesen ist insbesondere der Bildungsgang des Gymnasiums zwischen den Sekundarstufen I und II eng aufeinander abgestimmt. Dies sollte meines Erachtens auch zwischen Bildungsgängen angestrebt werden, die sich mit Blick auf Veränderungen in Gegenwart und Zukunft in besonderer Weise einer „realen Bildung“ verpflichtet fühlen, also zwischen Realschule plus in der Sekundarstufe I und Schulformen der berufsbildenden Schule in der Sekundarstufe II.

Denn der weitaus größte Teil der Absolventinnen und Absolventen der Realschule plus setzen ihren Bildungsgang in Berufsschulen, Fachschulen, Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien fort. Dabei muss es keineswegs um eine strukturelle und organisatorische Verknüpfung wie bei Realschule plus und Fachoberschule gehen, sondern vor allem um eine didaktisch-methodische Abstimmung.

Bei dieser Aufgabe sollten alle Beteiligten bereit sein, sowohl die in der Realschule plus als auch in den Schulformen des berufsbildenden Schulwesens gewonnenen Erfahrungen zum Wohle der betroffenen Schülerinnen und Schüler einzubringen, wobei ich dabei nicht nur an die denke, die mit einem Abschluss der Sekundarstufe I in Bildungsgänge des berufsbildenden Schulwesens eintreten, sondern auch an solche, denen es bislang nicht gelingt, in der Sekundarstufe I die Berufsreife oder den qualifizierten Sekundarabschluss I zu erlangen.

*Das Gespräch führte Wolfgang Wünschel.
Die Bilder stammen aus seinem Archiv.*



► AUS DER VDR-GESCHÄFTSSTELLE

**Caroline Hüttner feiert
50. Geburtstag**

Sie managt, sie organisiert, sie hat einfach den Überblick – und nicht nur im Sekretariatsbereich an ihrer Schule in Bingen. Caroline Hüttner ist ein Multitalent. Seit Jahren unterstützt sie unter anderem die organisatorische Vorbereitung und Durchführung unserer Fachkongresse und Hauptversammlungen in Ingelheim. Herzlichen Glückwunsch zum 50. Geburtstag!


 KlarText!

Inszenierung von Bildungspolitik Das Klemm-Gutachten ist tot! Lang lebe das Klemm-Gutachten!

Rückblick: Prof. Klemm hat im Auftrag und mit den Zahlen des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums in einer Studie prognostiziert, dass aufgrund des demografisch bedingten Schülerrückgangs rund 3.000 Lehrkräfte über alle Schularten hinweg bis zum Schuljahr 2016/17 eingespart werden könnten. Mainz sieht in dem sogenannten Klemm-Gutachten eine „gute Planungsgrundlage für die nächsten fünf Jahre“ (PM MBWWK, 04.05.2012), will allerdings 1.000 Lehrstellen für „pädagogische Verbesserungen“ erhalten. Der VDR kritisierte angesichts der Belastungen der Kolleginnen und Kollegen durch die Schulstruktureform, die zunehmende Heterogenität und neu verordnete Herausforderungen (Inklusion) die geplanten Stellenstreichungen von Anfang an massiv.

Spätestens seit die aktuellen Zahlen zur Unterrichtsversorgung (siehe Pressemitteilung MBWWK vom 29. November 2013) vorliegen, ist offensichtlich, dass die Datengrundlage, auf der das Klemm-Gutachten und die darin postulierten Einsparpotenziale beruhen, nicht (mehr) stimmt. Die Schülerzahlen sind weniger stark zurückgegangen, es gibt in Rheinland-Pfalz 2.000 Schülerinnen und Schüler mehr als vorhergesagt. Das Klemm-Gutachten ist faktisch Makulatur! Eigentlich.

Denn nichtsdestotrotz ist „Klemm“ allgegenwärtig: Wann immer dem Bildungsministerium von uns rückgemeldet wird, was in der schulischen Praxis zur Umsetzung des Bildungsauftrags und der von der Landesregierung neu verordneten Herausforderungen (z. B. Inklusion) an sächlichen, räumlichen und personellen Ressourcen notwendig ist, fällt irgendwann der Name Klemm. Überall Klemmt(s) – nach wie vor. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz sind durch das Klemm-Gutachten bis 2016/17 fest geschnürt, daran scheinen höher als angenommene Schülerzahlen (25 % Abweichung von der Prognose!) und tatsächliche Bedarfe nichts zu ändern.

Es hilft nicht weiter, wenn Mainz nun argumentiert, die Schulen in Rheinland-Pfalz seien eigentlich übertarnt, denn zur Abdeckung des reinen Pflichtunterrichtanteils würden die Ressourcen allemal reichen. Wer so argumentiert, der hat nicht verstanden oder schon wieder erfolgreich verdrängt, dass sich das schulische Arbeiten grundlegend verändert hat: Schule von heute muss sich einer veränderten gesellschaftlichen Anspruchshaltung stellen, die sich in einer breiten Bedürfnispalette einer heterogenen Schüler- und Elternschaft niederschlägt (siehe auch VDR-Erziehungsoffensive). Sollen die Schulen nun etwa ihre Qualitätsprogramme je nach Haushaltslage hoch- oder herunterfahren? Müssen zusätzliche Angebote zur individuellen Förderung (z. B. Sprachkurse für Zuwandererkinder) zukünftig unter einen finanzpolitischen Vorbehalt gestellt werden? Werden unsere Schulen in Rheinland-Pfalz nur dann dem Bedarf angemessen durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und anderes pädagogisches Personal unterstützt, wenn es die Mainzer Kassenlage (besser: Prioritätensetzung) zulässt oder doch noch ein neues Bundesprogramm aufgelegt wird?

Das Mainzer Lavieren und Schönreden lässt also annehmen, dass trotz geringerer Rückgänge der Schülerzahlen die Versorgung der Schulen dauerhaft defizitär bleibt oder sich gar noch verschlechtert. Muss man erwarten, dass der „schwarze Peter“ der schlechtesten Unterrichtsversorgung nun von Jahr zu Jahr einer anderen Schulart „untergeschoben“ wird?

Verständnisvolle Zeitgenossen argumentieren mit der Schuldenbremse, von der auch der Bildungsbereich nicht ausgenommen werden könnte. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Die rheinland-pfälzische Landesregierung verordnet ihren Lehrkräften fünf Jahre hintereinander reale Besoldungseinbußen, sie streicht 2.000 Lehrstellen, lässt im Land ausgebildete junge Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer abwandern oder auf der Straße sitzen, und sie will es aus eigener Kasse nicht einmal schaffen, die Schulsozialarbeit, die offenkundig an allen Schularten bedarfsorientiert ausgebaut werden müsste, wenigstens auf dem jetzigen Niveau zu halten. Dafür leistet sich die Landesregierung kostenfreie KITA-Plätze, eine kostenlose Schülerbeförderung, eine elternfreundliche weil kostengünstige Schulbuchausleihe und sorgt selbst mit ambitionierten „Bildungsprojekten“ für höheren Personalbedarf an Schulen. All dies wird letztlich durch Qualitätsverluste teuer erkaufte – das ist die andere, bittere Hälfte der Wahrheit.

KlarText: Das Klemm-Auftragsgutachten ist durch die Realität widerlegt worden. Eine Abweichung von 25 % kann nicht einfach ignoriert werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass das Bildungsministerium seine Verantwortung abschiebt, nur noch den Mangel verwaltet und diesen auch noch schönredet bzw. schönrechnen lässt. Will die Landesregierung ihre bildungspolitische Glaubwürdigkeit nicht verlieren, muss sie sich der Realität und den Notwendigkeiten stellen. Ansonsten wird sie sich die Vorwürfe gefallen lassen müssen, dass ihre Bildungspolitik zwar auf dem Papier ehrgeizig ist, sie aber in Wirklichkeit nur Symbolpolitik betreibt und Bildungspolitik inszeniert.



Beitrittserklärung

**Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Schatzmeister Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12/9 65 73 31
E-Mail: schatzmeister@vdr-rlp.de**

| | | | |
|-------------------|---------------------|-----------------|-----------------------|
| Name | Vorname | Geb.-Datum | E-Mail |
| Straße | | PLZ und Wohnort | Telefon/Fax/Mobil-Nr. |
| Dienstbezeichnung | Schule/Dienststelle | Prüfungsfächer | |

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Mit der Speicherung meiner Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

| | | |
|-------------------|---------------|--------------|
| Bankleitzahl | Name der Bank | Kontonummer |
| nur, wenn bekannt | IBAN | BIC |
| Ort | Datum | Unterschrift |

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 1. April 2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

| | Gehaltsstufe | | Monatsbeitrag in € |
|-------------|------------------|--|--------------------|
| Beamte | A 16 | | 15,50 |
| | A 15 | | 14,50 |
| | A 14 | | 13,- |
| | A 13 | | 12,- |
| | A 12 | oder darunter | 11,- |
| | A 13 | Teilzeit 15-21 Wstd. | 10,- |
| | A 12 | oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd. | 9,- |
| | A 12/13 | Teilzeit bis 14 Wstd. | 8,- |
| | Lehramtsanwärter | | 3,- |
| | Pensionäre | | 6,- |
| Angestellte | Ehegatten | bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte: | 6,- |
| | TV-L | Vollbeschäftigung | 10,- |
| | TV-L | Teilzeit 15-21 Wstd. | 8,- |
| | TV-L | Teilzeit bis 14 Wstd. | 7,- |
| | Rentner | | 6,- |

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepaare (ein Vollzahler + 6 €).

Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 19. Mai 2011 wurde der Beitrag für Lehramtsanwärter bei Eintritt ab 1. Februar 2012 auf den ermäßigten Beitragssatz von 3,- € festgelegt.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



Mitgliederversammlung



Weiterbildungszentrum

2014
INGELHEIM



Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Einladung zur Mitgliederversammlung am 20. März 2014

Fridtjof-Nansen-Akademie • Wilhelm-Leuschner-Str. 61 • Ingelheim

Tagesordnung

- 09.00 Stehkafee und Schulbuchausstellung
- 09.30 **Begrüßung und Einstimmung**
Katharina Becker und Bernd Karst
- 09.45 **Wahl des Tagungspräsidiums**
- 10.00 **„Auf den Lehrer kommt es an!“**
Prof. Rainer Dollase, Universität Bielefeld • Referat und Aussprache
- 11.30 **Pause**
- 12.00 **„Wir vermitteln Reale Bildung“**
Michael Eich und Wolfgang Häring
- 13.00 **Mittagspause**
- 14.00 **„Reale Bildung und ihre Perspektiven für Schule, Wirtschaft und Gesellschaft“**
Bernd Karst
- 14.45 **„Verband Reale Bildung - eine unverzichtbare Interessenvertretung!“**
Vinzenz Baldus, Unternehmensberatung
- 15.00 **Umbenennung in „Verband Reale Bildung“**
Satzungsänderung; juristische Beratung: Rechtsanwältin Antonia Dufeu
- 15.30 **Schlusswort**
Wolfgang Wünschel

Noch nicht zur Teilnahme angemeldet?

Bitte senden Sie den ausgefüllten Anmeldebogen, der Ihnen bereits per Post zugeht, an Gudrun Deck • Am Renngarten 91 • 67346 Speyer oder faxen ihn an 0 62 32 /62 33 64.



„like us“ auf facebook.com: VDR RLP

www.vdr-rlp.de